

Konferenzband 2014



Europas Stabilität und Deutschlands Sicherheit – sicherheitspolitische Konsequenzen der Finanzkrise



**Ein nationales
Forum für die
sicherheits-
politische
Debatte in
Deutschland**

Das nunmehr zweite *Deutsche Forum Sicherheitspolitik* unter dem Titel „Europas Stabilität und Deutschlands Sicherheit – sicherheitspolitische Konsequenzen der Finanzkrise“ fand vom 6. bis 7. Oktober 2014 an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin-Pankow statt. Kooperationspartner war dieses Mal das Bundesministerium der Finanzen.

Ein wenig anders als noch 2013 ging das Forum seinen zahlreichen Fragen nun ausschließlich in Plenarveranstaltungen nach, die auch in diesem Jahr sowohl übergreifende als auch fachspezifische Themen beinhalteten. Im Mittelpunkt stand der Zusammenhang, wie Deutschlands Sicherheit von Europas Stabilität abhängt – und umgekehrt.

Der hier vorliegende Konferenzband gibt die Keynotes wieder und fasst die Diskussionsbeiträge des Forums zusammen. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre!

Ihre Bundesakademie für Sicherheitspolitik



It's the economy ...

Deutschland und Europa in schwieriger Zeit

Die globale Finanzkrise hat Mitgliedstaaten der Europäischen Union in eine Rezession gestürzt und die Eurozone vor die Überlebensfrage gestellt. Überhaupt hat sie die Funktionsweise der internationalen Finanzindustrie zur Debatte gestellt. Die Politik musste in vielen Ländern notwendige, umfangreiche Reformen umsetzen. Weltweit wurden dadurch die Überwachung und Regulierung der Finanzbranche verbessert.

Die europäische Krisenpolitik hat mutige Schritte getan und erste Erfolge erzielt; Wettbewerbsfähigkeit und das Vertrauen der Investoren sind zurückgewonnen. In der Währungsunion ist die Erkenntnis gewachsen, dass die Mitgliedstaaten ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik enger koordinieren müssen. Die langfristigen Folgen der Krise – trotz vieler positiver Rahmendaten – sind jedoch immer noch nicht absehbar.

Die Konsequenzen der Krisenpolitik betreffen nahezu das komplette Spektrum staatlichen Handelns. Wie ist es angesichts umfangreicher Reformen beziehungsweise weitreichender Budgeteinschnitte um die wirtschaftliche und damit politische Stabilität in der EU bestellt? Können Regierungen unter diesen Bedingungen ihre Handlungsfähigkeit auch in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik erhalten?

Der Russland-Ukraine-Konflikt, die wachsende Zuwanderung über die Südgrenzen der EU und eine in einigen europäischen Ländern stark gestiegene Jugendarbeitslosigkeit setzen das „Projekt Europa“ zur gleichen Zeit unter erheblichen Druck. Können diese Herausforderungen zu einer neuen Dimension der Zusammenarbeit auch in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU führen?

Die Finanzkrise belastet eine ausgewogene politische und militärische Lastenteilung innerhalb der NATO und damit das transatlantische Verhältnis. Wie kann mit besonderem Blick auf den Russland-Ukraine-Konflikt und die dramatischen Entwicklungen in Nahost Sicherheit in und für Europa auch künftig gewährleistet werden?

An Deutschland indes richten seine Partner in der Krisenbewältigung gesteigerte Erwartungen. Welche Beiträge kann und muss die Bundesrepublik zu Europas Handlungsfähigkeit, Stabilität und Sicherheit leisten?

Das zweite *Deutsche Forum Sicherheitspolitik* hat unter dem Arbeitsbegriff „Europas Stabilität und Deutschlands Sicherheit – sicherheitspolitische Konsequenzen der Finanzkrise“ eben diese Fragen diskutiert und versucht, Antworten zu finden.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern viel Vergnügen und einen Erkenntnisgewinn bei der Lektüre des vorliegenden Konferenzbandes über das DFS 2014.

Ihr
Hans-Dieter Heumann

Botschafter
Dr. Hans-Dieter
Heumann

ist seit Juni 2011 Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

Seite 4 Einführung
It's the economy ...
Hans-Dieter Heumann
Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Seite 6 Inhaltsverzeichnis

MONTAG, 6. OKTOBER 2014

Seite 10 Podium 1
Wie Stabilität und Legitimation zusammenhängen
Politische Handlungsfähigkeit in Zeiten der Finanzkrise

Seite 20 Keynote
Die Grenzen der Steuerbarkeit
Günter Krings
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

Seite 32 Podium 2
Kleine Insel, große Wirkung
Flucht, Migration und die Stabilität in Europa

Seite 40 Keynote
Mit gutem Beispiel voran
Wolfgang Schäuble
Bundesminister der Finanzen

Seite 46 Night Owl Session
Von Managern und ehrlichen Kaufleuten
Ist die Finanzkrise die Systemkrise?

DIENSTAG, 7. OKTOBER 2014

Seite 60 Keynote
Friedensordnung erneuern
Michael Roth
Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt

Seite 70 Podium 3
Abschreckung 2.0
Ukraine, Osteuropa, Russland – sicherheitspolitische und finanzielle Risiken

Seite 78 Podium 4
Bis weißer Rauch aufsteigt
Die Krise als Chance für europäische Integration und transatlantische Bündnisfähigkeit

Seite 90 Schlusswort
Strategische Überlegungen sind gefragt
Walter Kolbow
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Seite 94 Die Partner für das DFS 2014

Seite 95 Impressum

Handlungsfähigkeit, Migration und die Systemfrage
Podien und Keynotes
des Deutschen Forums Sicherheitspolitik

Montag, 6. Oktober 2014



Wie Stabilität und Legitimation zusammenhängen

Schlüsselfaktor für Europas Sicherheit und Prosperität ist Vertrauen. Das zeigt sich in Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen und bei der Frage, wie sich Geheimhaltungsbedarf und Informationsfreiheit ausbalancieren lassen. Hier US-Präsident Barack Obama, EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso (v.l.n.r.)

Die immer noch nicht überwundenen Folgen der globalen Finanzkrise zeigen, wie notwendig strukturelle Reformen der Europäischen Union sind. Das gilt für die wirtschafts-, finanz- oder sozialpolitische Kooperation, aber auch für verteidigungspolitische Zusammenarbeit.

Darüber, welcher Strukturreformen und anderer politischer Entscheidungen es bedarf, scheiden sich jedoch die Geister. Wichtigster Maßstab ist der Faktor Vertrauen – unter Politikern und Diplomaten wie unter allen Bürgerinnen und Bürgern Europas.

Wie Stabilität und Legitimation zusammenhängen

Politische Handlungsfähigkeit im Zeichen der Finanzkrise

Selten zuvor überschlugen sich die Nachrichten so regelmäßig mit neuen Krisenmeldungen wie 2014: Da wären der Russland-Ukraine-Konflikt und die schwelende Angst vor einem neuen Kalten Krieg, der grausame Feldzug der Terrormiliz „Islamischer Staat“, der neu entflammte Gaza-Konflikt und die anhaltende Flüchtlingsproblematik in der EU. Wir scheinen zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einer Abwärtsspirale gefangen zu sein, die einen Frieden gefährdet, für den wir uns nach einem grausamen letzten Jahrhundert so engagiert hatten.

Nun hat die Stunde der Diplomaten geschlagen, die unter den schwierigsten politischen Verhältnissen beweisen und der Welt vermitteln müssen: Wir sind nicht am Ende, sondern gerade bei einer diffusen Sicherheitslage ohne klare Fronten bleibt das Mittel der Wahl, miteinander zu sprechen.

Zugleich verlangen die Bürger der westlichen Nationen klare Antworten von ihren Regierungen, die immer schwieriger zu geben sind. Politiker sind als Informationsvermittler gefordert und sie müssen praktische Lösungen liefern: für Frieden, Sicherheit, Wohlstand, insbesondere durch ihr Vorgehen in den verschiedenen bi- und multilateralen Gremien. Dabei geht es jedoch längst nicht nur um rein militärische Konflikte, sondern ganz besonders um schwelende soziale Krisenherde, Finanzkrisen und innere Sicherheit. Politik und Verwaltung müssen mit immer mehr Bällen jonglieren und können es sich nicht leisten, einige davon fallen zu lassen.

Das erste Podium des *Deutschen Forums Sicherheitspolitik 2014* veranschaulichte diese Gesamtentwicklung und offenbarte die Komplexität heutiger politischer Auseinandersetzungen: Es betrachtete Wirtschafts- und Sicherheitspolitik als die zwei Seiten derselben Medaille und eröffnete zunächst mit Deutschlands geopolitischer Rolle.

„Viele Länder fordern heute mehr von uns: mehr deutsche Investitionen, mehr Binnennachfrage“, erklärte *Hendrik Enderlein*, Direktor des Jacques Delors Instituts und Professor für politische Ökonomie an der Hertie School of Governance. „Das Ganze kann man nur verstehen, wenn man die deutsche Position in den Kontext der beiden Krisen, die wir erlebt haben, stellt.“ So seien es vor allem die Finanzkrise und die parallele politische Krise, die Europa bis heute zu schaffen machten. Auch die Zinsentwicklung in der EU unterscheide sich massiv von der in der restlichen Welt. „Europa muss mit dem Zustand der Deflation umgehen lernen“, warnte Enderlein. Dieser Umstand sorge für ein Gefüge, das nur allzu leicht Zündstoff für nachfolgende Explosionen auf den Finanzmärkten liefern könne. Deutschlands Rolle dabei könne es allerdings nicht sein, die „Tasche einfach aufzumachen“ und mehr zu investieren. Die aktuellen Probleme mit einer simplen Investitionspolitik zu lösen, sei eben nicht zielführend.

Christoph Heusgen, Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik“ im Bundeskanzleramt, sieht Deutschlands Rolle vor allem dadurch gestärkt, dass die EU insgesamt an Bedeutung verloren habe – eine Entwicklung, die „nicht gerade zu Glückwünschen anregt“. Er drängte daher auch zu mehr Effizienz in europäischen Arbeitsprozessen. Die Debatte um das Verhältnis zwischen Deutschland und Europa müsse sich weg bewegen von einer bloßen Frage nach Investitionen, sie müsse vielmehr eine Umstrukturierung der Union thematisieren. Ansätze der Vernetzung, wie etwa im Bereich der Verteidigungspolitik mit >

dem Konzept des „Pooling and Sharing“ bereits begonnen, müssten stärker in den Vordergrund gerückt werden, so Heusgen.

Dass die EU eine Strukturveränderung brauche, um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben, betonte auch *Johannes Geismann*, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen. Gab es zuvor schon ein gewisses Reformdefizit der europäischen Einrichtungen, hat die Thematik für Geismann noch einmal besonders durch die Finanzkrise an Brisanz gewonnen. Der häufig lahm wirkende Apparat lasse in einigen politischen Themenfeldern schnelles und nachhaltiges Handeln vermissen: „Wie bewegt sich dieser Bürokratieriese?“

Ausgerechnet in verteidigungspolitischen Fragen deutet sich ein Wandel an, erste Schritte hin zu effizienterer Arbeit sind gemacht: Das „Europäische Lufttransportkommando“ oder multinationale Verbände wie das Deutsch-Niederländische Korps und das Deutsch-Dänisch-Polnische Korps gelten immer wieder als Paradebeispiele kooperativer Arbeitsweisen. Die EU brauche mehr solcher Initiativen, meint Geismann.

Doch wie andere Nationen dazu anregen, sich nur noch einzelnen, abgestimmten Aufgabenbereichen zu widmen? Gerade Außen-

Das „Europäische Lufttransportkommando“ oder multinationale Verbände wie das Deutsch-Dänisch-Polnische Korps gelten immer wieder als Paradebeispiele kooperativer Arbeitsweisen.

und Sicherheitspolitik gehören zu den Kernbereichen nationaler Souveränität. Das macht eine gemeinsame Entscheidungsfindung im Vergleich zu anderen Themenfeldern wie einer gemeinsamen

Finanz- oder Sozialpolitik eigentlich deutlich schwieriger. Und in der Tat gibt es an den verteidigungspolitischen Kooperationen noch reichlich, teils berechtigte, Kritik.

Doch zeigt sich nicht gerade bei dem heiklen Thema einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik das wahre Verhältnis der einzelnen EU-Partner zueinander? Die Vorstellung, dass Deutschland nur noch für einen Teilaspekt seiner Außen- und Sicherheitspolitik zuständig sein könnte und sich bei den ergänzenden Bereichen auf seine Partner verlassen müsste, deutet bereits an, wie hoch der Bedarf an Vertrauen und Verlässlichkeit für umfang-

reiche Strukturreformen der Union sein wird. So sei die Debatte um eine praktische EU-Umstrukturierung, so Christoph Heusgen, am Ende nur der Nebenschauplatz einer viel umfassenderen Debatte.

Ganz automatisch müsste das Thema Vertrauen in einer tiefer greifenden Diskussion um die Fortentwicklung der Union Einzug halten. Zugleich würde sie weniger abstrakt und dafür deutlich menschlicher wirken: Vertrauen ist das, was Menschen zusammenhält und in einer schwierigen politischen Lage der Kitt für ein instabiles Europa sein könnte.

Warum also steht die Frage nach gegenseitigem Vertrauen nicht viel stärker im Zentrum der Reformdebatte? Zumal das Wort im Verlauf der Finanz- und Konjunkturkrise öffentlich immer wieder fiel. >

„Pooling and Sharing“

Unterschiedliche Formen der Verteidigungskooperation werden schon seit langem praktiziert. Der Rat der EU bezeichnet sie als „Pooling und Sharing“; die NATO nennt die gleichen Prinzipien „Smart Defence“.

Beim *Sharing* stellen ein oder mehrere Länder den Partnern eine Fähigkeit oder Ausrüstung zur Verfügung oder übernehmen eine Aufgabe für andere. Geschieht dies dauerhaft, können die übrigen Partner diese Fähigkeit einsparen. Beispielsweise überwacht Deutschland den Seeraum über der Nordsee und entlastet damit die Niederlande. Im Baltikum übernehmen andere NATO-Staaten abwechselnd den Schutz des Luftraums, so dass die baltischen Staaten die Kosten für eine eigene Luftwaffe sparen können.

Auch im Fall *Pooling* werden nationale Fähigkeiten Anderen zur Verfügung gestellt. Dafür wird eigens eine multinationale Struktur eingerichtet, die diese Beiträge zusammenfasst und ihren Einsatz koordiniert. Pooling kann ebenfalls bei der Entwicklung gemeinsamer Geräte stattfinden, bei deren Beschaffung und späterem Betrieb. So lassen sich entweder größere Stückzahlen erreichen oder es kann eine Fähigkeit gemeinsam beschafft werden, die ein Staat aufgrund hoher Kosten allein nicht bereitstellen könnte. Beispiele für gemeinsame Anschaffung und Betrieb sind die AWACS-Radarflugzeuge oder die Kommandostrukturen der NATO.

Das „Europäische Lufttransportkommando“ („European Air Transport Command“, kurz EATC) ist eine multinationale Kommandobehörde der französischen, niederländischen, belgischen, deutschen, spanischen, luxemburgischen und italienischen Luftstreitkräfte. Es besteht seit 2010 und hat seinen Sitz in Eindhoven in den Niederlanden; seine Hauptaufgabe ist die operationelle Führung der Lufttransport- und Luftbetankungskräfte der beteiligten Staaten. Das EATC verantwortet die Einsatzplanung und Koordination von etwa 240 Transportflugzeugen der sieben Partnerstaaten.

Egal ob im Kontext der Ratingagenturen oder des Rettungsschirms „ESM“ – Vertrauen schien plötzlich überall großgeschrieben, sowohl Politiker als auch Medien verwendeten den Begriff nahezu inflationär.

Doch was ist Vertrauen? Woran erkennt ein Land, dass es dem Partner vertrauen kann? Vertrauen ist ein Erfahrungswert. Wenn ein Partner gute Erfahrungen mit dem anderen gemacht hat, ist dieser eher gewillt, wieder auf die Leistungen und Beteuerungen des Partners zu vertrauen. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Vertrauen in Institutionen. Vertrauen scheint folglich nur dort möglich zu sein, wo bereits positive Erfahrungen gemacht worden sind. Diese Erfahrungen erwirbt man aber nur durch aktives Handeln, auch durch den Sprung ins Ungewisse. Kurz: Wir müssen springen, Höhenangst hin oder her.

Erste Projekte, wie das angesprochene militärische „Pooling und Sharing“ sind weiter zu verfolgende wertvolle Ansätze und ermöglichen das Ansammeln von Vertrauen. Damit werden sie zur echten Basisarbeit für intensivere Kooperationen und leisten einen fundamentalen Beitrag zur Festigung einer kriselnden EU, die noch heute mit den Folgen einer weltweiten Banken- und Finanzkrise zu kämpfen hat und zugleich in globalen politischen Konflikten diplomatisches Geschick beweisen muss.

Wenn Vertrauen also zum Kern einer politischen Debatte werden muss, ist das ein Anliegen aller EU-Bürger, die die Europäische Union schließlich als Ganzes ausmachen. Es reicht nicht, nur Vertrauen in die politischen Akteure aufzubauen oder Vertrauen zwischen kooperierenden Unternehmen herzustellen. Vertrauen muss sich verwurzeln und für die Bürgerinnen und Bürger Europas fühl- und nachvollziehbar werden. Nur so kann trotz wechselnden politischen Personals und wiederkehrender diplomatischer Zerreißproben ein starkes Bündnis wachsen und sich gegenseitiges Verständnis ständig erneuern.

Auch als eine Institution, die sich als weltweiter Meinungsführer in Fragen der politischen Wertevorstellungen und Menschenrechte positionieren möchte, braucht die EU den öffentlichen Dialog mehr denn je. Dafür ist ein Dialog über alle gesellschaftlichen Schichten hinweg nötig, der niemanden ausgrenzt und damit in die offenen Arme einer wachsenden Zahl von Europakritikern treibt. Nur so ist es möglich, eine interessierte Öffentlichkeit zu schaffen, die den politischen Prozess der Union verfolgt und einzuordnen weiß. Nur so

können politische und diplomatische Erfolge gesehen und gewürdigt werden.

Für diese breiteste mögliche Öffentlichkeit warb *Pablo Garcia-Bredoy Cerezo*, spanischer Botschafter in Deutschland auf dem Podium. Er beklagte mit deutlichen Worten die endlos bemühten Klischees in der medialen Berichterstattung in den einzelnen Mitgliedsstaaten.

Das dürfe vor allem demjenigen deutlich werden, der sich den Streit zwischen Griechenland und Deutschland im Zuge der Beinahe-Staatspleite der Hellenen ins Gedächtnis rufe. Auf der einen Seite sähen sich die Deutschen als hart Arbeitende, die die undankbaren, arbeitsunwilligen Südländer mitfinanzieren müssen. Auf der anderen Seite würden die Deutschen als machtgierige EU-Diktatoren dargestellt, die sich in die Souveränität anderer Staaten einmischen wollten.

Der Präzedenzfall des Verhältnisses zwischen Griechenland und Deutschland demonstriert so besonders, wie leider das Vertrauen unter Europäern starken Schaden nehmen kann. Es braucht also eine nationenübergreifende Berichterstattung, die sich um Transparenz vor und hinter den Kulissen vielschichtiger politischer Prozesse innerhalb der EU kümmert und diese „europäische Informationsfreiheit“ als Bürgergerecht in den Medien transportiert.

Kooperation sollte nicht nur heiliger Gral für Bündnispartner sein, sondern natürliche Maßgabe einer wahrhaft europäischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit werden.

Kooperation sollte nicht nur als heiliger Gral zwischen Bündnispartnern gelten, sondern natürliche Maßgabe einer wahrhaft europäischen und einer nicht mehr rein

nationalen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit werden. Botschafter Cerezo insistierte allerdings zusammenfassend: „Es hängt vieles von der öffentlichen Meinung der einzelnen Länder ab. Es braucht die Wahrheit über die herrschenden Verhältnisse.“

Doch so laut der Ruf nach einer transparenteren Öffentlichkeitsarbeit auch schallen mag, so unterschiedlich kam es noch aus der Diskussion zwischen Podium und Publikum zurück. Denn es geht um Kernfragen: Wie ist es um die europäische Identität bestellt? Welcher nächsten Reformschritte bedarf es?

Vertrauen und ein starkes Europa sind ohne seine Bürger nicht zu gestalten, schließlich sieht sich die EU in ihrem Selbstverständnis als politisch-moralische Werteinstanz, die genau solche demokratischen Grundsätze hochhält. Politische Eliten allein reichen nicht aus, um das Projekt Europa zukunftsfähig zu machen und nachhaltig zu einem lebenswerten Raum des Friedens und des Wohlstands zu machen.

Die TTIP-Verhandlungen

José Manuel Barroso, Präsident der EU-Kommission, verkündete zusammen mit US-Präsident Barack Obama, dem Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy und dem britischen Premierminister David Cameron am 17. Juni 2013 auf einem Treffen der G8 die Aufnahme der Verhandlungen über ein „Transatlantisches Freihandelsabkommen“ („Transatlantic Trade and Investment Partnership“, kurz TTIP) zwischen USA und Europäischer Union. Die Verhandlungen führt auf europäischer Seite die Europäische Kommission, auf amerikanischer die US-Regierung. Verhandlungsführer seit Dezember 2013 sind auf EU-Seite Ignacio Bercero und für die USA Dan Mullaney. Nach der 6. Verhandlungsrunde, vom 14. bis 18. Juli 2014 in Brüssel, veröffentlichte die Europäische Kommission ein Papier mit dem aktuellen Stand der Verhandlungen.

Die Bundesregierung und die Europäische Kommission setzen sich dafür ein, Wirtschaftsverbände, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen während der TTIP-Verhandlungen über das geplante Abkommen umfassend zu informieren. Bundesregierung und Kommission nutzen auch die Möglichkeit, Einschätzungen zu erhalten und Positionen zu erfragen. Diese Positionen können die Kommission, das Europäische Parlament, die EU-Mitgliedstaaten und die nationalen Parlamente aufgreifen und so in die Verhandlungsposition der EU einfließen lassen.

Hohe Transparenz des Verhandlungsprozesses ist für die Bundesregierung ein wichtiges Anliegen. Nur so ist eine möglichst breite Akzeptanz des ausverhandelten Abkommens gewährleistet. Bei Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen geht es immer um divergierende Wirtschaftsinteressen in einer Vielzahl von Gebieten.

Durch Geben und Nehmen muss jeweils ein Ausgleich gefunden werden. Damit die Verhandlungen erfolgreich verlaufen, bedarf es grundsätzlich einer gewissen Vertraulichkeit – so wie allgemein bei Vertragsverhandlungen üblich.

Insbesondere hält die Bundesregierung Transparenz und eine gründliche öffentliche Debatte unter Beteiligung breiter Kreise zum vielschichtigen Thema Investitionsschutz und Investor-Staaten-Schiedsverfahren für TTIP für notwendig und erhofft sich von dieser Debatte wichtige Klarstellungen.

Gerade in Anbetracht der schwindenden europäischen Wahlbeteiligung – bei der letzten Europawahl 2014 von etwa 43 Prozent im Vergleich zum Wert 1979 von mehr als 61 Prozent – würde ein Ruf nach weniger Grundlagendebatten beinahe grotesk erscheinen. Schließlich sind es gerade die politischen Eliten, die ihre Legitimation über die Stimmen derjenigen erhalten, über die sie entscheiden.

Doch wie ist es um die Legitimation politischen Handelns auf EU-Ebene wirklich bestellt, wenn nur knapp über 40 Prozent das Projekt Europa zu verfolgen scheinen und zugleich populistische, antieuropäische Parteien immer mehr Gewicht im EU-Parlament erhalten? Ist diese Stärkung des populistischen Lagers nicht auf gerade jenes „Weniger“ an Information zurückzuführen, auf das etwa führende Konservative und Sozialdemokraten immer wieder hinweisen?

Dabei demonstrieren die zurzeit laufenden Verhandlungen über das „Transatlantisches Freihandelsabkommen“, wie geringe Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen zu deutlichem Misstrauen bei einer Vielzahl von Wahlbürgern führt. Der offizielle Geheimhaltungsbedarf steht hier einem Bürgerrecht auf Information praktisch diametral gegenüber. Was wiegt letzten Endes schwerer: das Vertrauen der Diplomaten untereinander oder das Vertrauen aller EU-Bürger zueinander?

Die anhaltenden Krisen der Welt scheinen das Jahr 2014 zu einem „annus horribilis“ gemacht zu haben. Die Zeit darf aber nicht nur negativ gesehen werden, sondern sie birgt auch ein Potenzial für neue Ansätze in sich. Die politische Debatte, von den Feldern Sicherheit über Finanzen und Wirtschaft bis Europa, hat sich für Neupositionierungen und Umstrukturierungen geöffnet. Diese Chance zu mehr Dialog und Gestaltung sollten wir nicht ungenutzt lassen. •

Panelisten

Johannes Geismann Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
Dr. Christoph Heusgen Ministerialdirektor, Leiter der Abteilung 2 (Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik) im Bundeskanzleramt
S. E. J. Pablo García-Berdoy Cerezo Botschafter des Königreichs Spanien in der Bundesrepublik Deutschland
Prof. Dr. Henrik Enderlein Direktor des Jacques Delors Institut – Berlin; Associate Dean und Professor für Politische Ökonomie an der Hertie School of Governance

Moderation

Eric Gujer Neue Zürcher Zeitung



Die Grenzen der Steuerbarkeit

Von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 bis zum Russland-Ukraine-Konflikt seit 2014 – die politischen Beratungs-, Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten der Weltgemeinschaft werden an ihre Belastungsgrenzen geführt. Welche Prioritäten muss Deutschland dabei setzen?

GÜNTER KRINGS:

Die Grenzen der Steuerbarkeit

Die vielen Krisen der Jahre von 2008 bis 2014 zeigen, wie weit hoheitliche Instrumente noch reichen – und wie sie angepasst werden müssen.

Ich werde versuchen, mich aus der Sicht meines Hauses auf folgende Fragen zu konzentrieren: Wie hängt die Finanzkrise mit der zu beobachtenden zunehmenden Destabilisierung von mehreren Regionen außerhalb Europas zusammen? Wie wirkt sich dies auf die Bedrohungslage in Deutschland aus? Welche sicherheitspolitischen Konsequenzen sind daraus zu ziehen?

Ausgangspunkt für die spätestens seit 2008 zu beobachtende globale Finanzkrise war die im Sommer 2007 als US-Immobilienkrise beginnende Destabilisierung der internationalen Finanzmärkte, deren Auswirkungen zumindest ansatzweise mit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre verglichen werden kann. Die Folgen waren zunächst ein konjunktureller Abschwung weltweit – das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland sank 2009 um fünf Prozent. Die globale Vernetzung der Kapitalmärkte führte erst Europa und Japan, dann auch Schwellen- und Entwicklungsländer in die Krise; weltweite Anlagevermögen und internationale Kapitalverflechtung haben stark zugenommen. Ab Oktober 2009 erlebten wir eine Staatsschuldenkrise im Euroraum, die vor allem Griechenland, Irland, Spanien und Portugal erfasste. In der Folge waren Vertrauensverlust in die Märkte und staatlichen Institutionen, Investitionsrückgang, Außenhandelsrückgang und wachsende Arbeitslosigkeit zu beobachten – zum Teil auch soziale Unruhen.

Ähnliches konnten wir auch in einer Reihe von nicht-europäischen Staaten feststellen. In Madagaskar, Mauretanien und Kuwait kam es



in Folge der Finanzkrise zu Regierungskrisen. Ohnehin schwache Staaten zum Beispiel in Subsahara-Afrika wurden weiter destabilisiert. Staatliche Zahlungsunfähigkeiten drohten.

Der Verlauf dieser weltweiten Krise hat illustriert, dass Vernetzung und Verflechtung auch nationale Wirtschaftsordnungen auf ganz neue Weise verwundbar machen – und in der Folge auch Gesellschaften und Regierungen. In der Eurozone hat sich gezeigt, dass Ungleichgewichte oder fehlregulierte nationale Ökonomien die Stabilität des ganzen Währungsraums gefährden können; auch der tief integrierte transatlantische Finanzmarkt hat sich als anfällig erwiesen. Die Auswirkungen der Krise sind auf beiden Seiten des Atlantiks zu erkennen in politischen und institutionellen Blockaden sowie dem Erfolg populistischer Bewegungen.

Die Finanzkrise ist jedoch nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sie birgt auch Sicherheitsrisiken. Der umfassende Sicherheitsbegriff beinhaltet wirtschaftliche Bedrohungen wie die außergewöhnliche Anspannung der Staatshaushalte. Die Schwächung der finanziellen Ressourcen dürfte sich besonders stark in den Verteidigungshaushalten und in den Budgets für Zusammenarbeit und Entwicklung bemerkbar machen. Die materielle Basis für das globale sicherheitspolitische Engagement westlicher Demokratien wird damit zwangsläufig schmaler. Die Wirtschaftskrise könnte grundsätzlich zu einem wachsenden Primat innenpolitischer Aspekte – auf dem Arbeitsmarkt, in der Finanzpolitik – gegenüber außen- und sicher-

heitspolitischen Herausforderungen führen. Wir können zugleich erkennen, dass die Finanzkrise von antiwestlichen, islamistischen und nationalistischen Gruppen argumentativ gerade in ihrer Ablehnung der westlich geprägten Staaten und Demokratiemodelle missbraucht wird.

Gewiss kann man das Entstehen neuer Krisen der globalen Finanzkrise nicht alleine zurechnen – hier spielen auch Faktoren wie geopolitische Interessen Russlands in der Ukraine, das teilweise Machtvakuum nach dem Arabischen Frühling in einigen Ländern und regionale Probleme eine wichtige Rolle. Allerdings sind deren destabilisierende Auswirkungen auf staatliche Integrität gerade in Ländern mit ohnehin bestehenden finanzpolitischen Schwierigkeiten sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Hier könnte man als Beispiel die jüngsten Ereignisse in der Ukraine, den Machtzuwachs der Bewegung „Islamischer Staat“, die fragile Regierung im Irak und das Machtvakuum in Libyen anführen.

Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Krise in der Ukraine und der tiefe Umbruch in der arabischen Welt schnell beendet sein werden. Dies bedeutet für Deutschland und die deutsche Sicherheitspolitik, dass sie sich auf diese Situation ausrichten muss. Welche Konsequenzen haben diese Entwicklungen nun für unsere Sicherheitspolitik?

Wirtschaftliche Bedrohungen: Die weltweite Vernetzung ökonomischer Aktivitäten – von Ideen, Gütern, Kapital, Technologie und Dienstleistungen – hat intensive neue Abhängigkeiten und auch Sicherheitsrisiken geschaffen. Das gilt in besonderer Weise für die Bundesrepublik mit ihrer stark globalisierungs- und exportabhängigen Wirtschaft. Die Verwundbarkeit der vom Außenhandel abhängigen Volkswirtschaften durch Finanz- und Wirtschaftskrisen hat das Vertrauen in offene und deregulierte Märkte erschüttert. Intransparente Kapitalverflechtungen – Geldwäsche, Wirtschaftskriminalität, Immobilienverkauf – nahmen zu und mit ihnen soziale Unsicherheit und Verteilungskonflikte: Vor allem die Mittelschicht trägt „Modernisierungs-Kosten“, die Sozialkassen leiden unter einer Finanzierungskrise.

Internationaler Terrorismus: Der internationale Terrorismus insbesondere in gescheiterten und scheiternden Staaten – in Irak und Syrien durch das Auftreten des sogenannten „Islamischen Staats“ – nimmt zu. Wir wissen, mit dem Stand September 2014, von 450 Ausreisen aus Deutschland in die Bürgerkriegsgebiete Syrien und Irak. Etwa ein Drittel davon ist zurückgekommen, einige davon mit

Kampferfahrung und verroht durch die Terrororganisation „IS“. Von ihnen geht eine Gefahr auf deutschem Boden aus. Mit dem Anschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel im Mai 2014 hat sich eine derartige Gefahr bereits realisiert.

Steigender illegaler Migrationsdruck und Zuwanderung aus Krisenländern in Europa sowie aus Afrika und dem Nahen Osten: Die wirtschaftliche Lageverschlechterung in Europa und den klassischen Herkunftsländern von Migration (failing states) wird den Migrationsdruck in vermeintliche Stabilitätsrefugien erhöhen – zu diesen zählt Deutschland. Circa 100.000 Asylanträge lagen bislang alleine bis Oktober 2014 schon in der Bundesrepublik vor. Deutschland nimmt insgesamt 20.000 Flüchtlinge aus Syrien auf, für ungefähr 10.000 Personen liegen die Aufnahmezusagen bereits vor. Fast die Hälfte der bisher Berücksichtigten reiste über Libyen ein, mehr als ein Drittel aus Syrien.

Zunahme der Organisierten Kriminalität: Wenn die Staatsgewalt geschwächt wird, steht die Organisierte Kriminalität (OK) traditionell auf der Gewinnerseite. Auch wenn wir derzeit keine unmittelbaren Auswirkungen auf die OK-Lage in Deutschland feststellen können, müssen wir sie im Blick behalten. Dies gilt umso mehr, wenn wir uns mittelbare Folgen von Wirtschafts- und Finanzkrisen anschauen. Bei der Bekämpfung der OK haben wir es mit Struktu-

ren zu tun, die sich mehr und mehr von ihren herkömmlichen Milieus und Kriminalitätsfelder lösen. Neue profitable Gewinnfelder werden erschlossen und moderne Technologie genutzt. Die OK-Strukturen arbeiten grenzüber-

Die Auswirkungen der Krise sind auf beiden Seiten des Atlantiks zu erkennen in politischen und institutionellen Blockaden sowie dem Erfolg populistischer Bewegungen.

schreitend und nutzen dies aus, um Taten zu verschleiern, Gelder zu verschieben, Gewinne zu kaschieren und kriminelle Erträge zu reinvestieren. Solche kriminelle Dynamik ist schon in Staaten wie Deutschland eine Bedrohung. Das gilt umso mehr in Ländern, wo weniger Ressourcen und Technologie zum Kampf gegen die OK zur Verfügung stehen. Dies hat auch negative Folgen für die betroffenen Länder. Das kann sich auch negativ auf uns auswirken, denn OK agiert international, sie nutzt weltweit Verfolgungsdefizite und

ihre Strukturen versuchen, ihre Gelder anderswo zu sichern und zu reinvestieren.

Extremismus: In Deutschland selbst haben wir beobachtet, dass auch Rechts- und Linksextremisten die Finanzkrise aufgreifen, um sie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. So zum Beispiel hat die NPD die Kampagne „Raus aus dem Euro“ ins Leben gerufen. Bei Großdemonstrationen 2012 und 2013 im Frankfurter Bankenviertel haben Angehörige der autonomen Szene in massiven Ausschreitungen Polizeibeamte angegriffen, unter anderem mit Pyrotechnik und Holzlatten, es kam zu zahlreichen Brandstiftungen und Sachbeschädigungen. Diese Radikalisierungstendenzen lassen sich auch durch Zahlen belegen: Politisch links motivierte Straftaten sind von 2012 auf 2013 um 40 Prozent angestiegen, von 6.191 auf 8.673, wobei im Themenfeld „Antikapitalismus“ sogar ein Anstieg um 147 Prozent zu verzeichnen war, auf 1.493 im Jahr 2013. Darüber hinaus wird die Finanzkrise instrumentalisiert, um Anschläge auf Wirtschaftsführer und Spitzenpolitiker zu rechtfertigen, darunter ein gescheitertes Briefbombenattentat auf Deutsche-Bank-

Chef Ackermann im Dezember 2011 und ein versuchter Paketbombenanschlag auf das Bundeskanzleramt.

Reicht unsere an sich bisher gute Aufstellung angesichts der sich verschärfenden Bedrohungslage?

Gegen die unmittelbaren Folgen der Finanzkrise hat die EU bereits mit finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie den Fiskalvertrag, den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM, der Einheitlichen Aufsichtsmechanismus und Abwicklungsmechanismus reagiert, um eine Stabilisierung innerhalb der Union zu erzielen. Hier haben wir viel erreicht.

Unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten sind die generellen Instrumente die Unterstützung effektiver Staatlichkeit – durch Armutsbekämpfung, Entwicklungszusammenarbeit, Krisenprävention und -management, Unterstützung der Friedenskonsolidierung. Zu effektiver Staatlichkeit gehören auch freie Gesellschaften und funktionierende Gesellschaftsverträge. Aber welche konkreten Maßnahmen haben wir gerade aus der Sicht des Bundesinnenministeriums getroffen?

Deutschland entsandte in 20 Jahren 9.000 Polizisten in rund 30 Auslandsmissionen. Einsatzschwerpunkt waren zunächst auf dem

Balkan, ab 2002 Afghanistan, aktuell in Afrika. Wir sind derzeit unter Einbeziehung des bilateralen „German Police Project Team“ in Afghanistan mit mehr als 200 Beamten und Beamtinnen in rund einem Dutzend Auslandsmissionen tätig. Die Beteiligung an aktuell vier VN- und sieben EU-Missionen spiegelt die wachsende Bedeutung supranationaler Institutionen in der gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik. Erwähnenswert sind hier unter anderem die EU-Polizeimissionen zur Stärkung und Konsolidierung des Sicherheitssektors von Drittstaaten – mit Training, Beratung und Mentoring –, an denen sich Deutschland ganz maßgeblich beteiligt. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Internationale Polizeimissionen“ überprüft derzeit Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich der Personalentsendung in internationale Friedensmissionen.

Unsere Maßnahmen gegen Syrienreisende sind auf dem Prüfstand. Ausreiseuntersagung, Passentzug, Ausschreibung zur Einreiseverweigerung, Strafverfahren – hier gilt es national wie im europäischen Verbund die Handlungsfelder zu prüfen. Wir sind in diesem Bereich gut aufgestellt, aber reicht das angesichts der sich verschärfenden Bedrohungslage? Wir müssen hier früher ansetzen, etwa durch Maßnahmen zur Deradikalisierung und präventive Angebote.

Die Bekämpfung des Extremismus von rechts wie links ist aber nicht nur eine Aufgabe der Sicherheitsbehörden, sondern ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Die Bundesregierung bedient sich dabei eines breiten Bündels an präventiven und repressiven Maßnahmen, zu denen auch die konsequente Verfolgung von Straftaten gehört.

Die Bedrohung durch Organisierte Kriminalität nehmen wir sehr ernst. Deswegen haben wir erstens das Bundeskriminalamt damit beauftragt, ein neues Konzept für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zu erstellen. Diese Neu-Konzeptionierung erarbeitet das Bundesinnenministerium derzeit in engem Schulterschluss mit den Ländern. Zweitens sind wir aktiv im Bereich der polizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe. Wir geben Geld, Personal und Know-how, um in Drittstaaten die Strukturen zu stärken, die OK bekämpfen. Drittens ist die Verbesserung der Anti-OK-Arbeit ein wichtiges Element im Koalitionsvertrag. Dieses müssen wir zügig umsetzen und der OK das Leben in Deutschland schwerer machen. Dazu gehört vor allem, die Geldwäschebekämpfung weiter zu intensivieren und die Vermögensabschöpfung zu erleichtern. Wenn wir leichter und schneller an die kriminelle Gelder und Erträge kommen, dann entziehen wir der OK ihre Lebens->

grundlage – in Deutschland, aber auch in anderen Herkunftsstaaten, wenn die OK bei uns Geld profitabel sichern möchte. Denn: Nur wenn sie ihr Geld sichern und reinvestieren kann, ist OK attraktiv. Deswegen setze ich mich dafür ein, die Beweisanforderungen deutlich abzusenken – auch und insbesondere gegenüber dem Bundesjustizministerium.

Auch beim Schutz Kritischer Infrastrukturen ist besonderes Augenmerk auf die Finanzbranche zu legen. Sowohl die Bargeldversorgung als auch der bargeldlose Zahlungsverkehr sind Lebensadern unserer Wirtschaft und Gesellschaft – sie repräsentieren und vollziehen eine bestehende Ordnung und die darin geltenden Besitz- und Machtverhältnisse. Kreditvergabe sowie der Geld- und Wertpapierhandel haben in unserer hochtechnisierten Welt national wie international in den letzten Jahrzehnten massiv an Bedeutung hinzugewonnen. Der Ausfall von Zahlungssystemen kann dann weitreichende Folgen für unsere Gesellschaft haben. Die Manipulation gerade des bargeldlosen Zahlungsverkehrs hat sich zu einem wichtigen Betätigungsfeld für kriminelle Kräfte entwickelt. Der Staat muss daher der zentralen Bedeutung des Finanzsystems für unsere Gesellschaft besonders Rechnung tragen.

So sehen wir zum Beispiel im Entwurf des BMI für das „Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme“, kurz IT-Sicherheitsgesetz, unter anderem Mindeststandards und Meldepflichten für die IT-Sicherheit solcher Teile der Finanzbranche vor, deren Ausfall aufgrund einer IT-Störung oder eines gezielten Cyber-Angriffs wir uns schlicht nicht leisten können. Aber auch der physische Schutz des Finanzsystems muss gewährleistet sein. So wird derzeit auf Veranlassung des BMI geprüft, wie der Abhängigkeit des Finanzsektors vom elektrischen Strom von der Verarbeitung der Finanzströme in den Banken bis zur Bereitstellung von Bargeld durch Geldautomaten insbesondere durch eine angemessene Notstromversorgung Rechnung getragen werden kann.

Zum Thema Prävention: Im Koalitionsvertrag ist angelegt, die Konflikte bereits in den Herkunftsländern potentieller Migration und des Extremismus anzugehen, weil dies wirkungsvoller und nachhaltiger ist als eine Bewältigung hierzulande. Mögliche Ausgaben unsererseits – Aufbauhilfe, Entwicklungshilfe, Stabilisierungsfonds, GIZ-Aktivitäten – sollten stärker an Entgegenkommen bezüglich Sicherheitsbelangen gebunden werden, etwa in puncto Verhinderung von Migration oder Radikalisierung. Wichtig ist, in diesen Ländern stabile institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Zuwanderung aus den südeuropäischen Staaten hat auch in der Folge der Finanzkrise zugenommen. Wanderungsbewegungen aus Osteuropa sind zum Teil zu uns umgelenkt worden. Das bringt für unser Land und auch für die zuziehenden Menschen zunächst einmal etwas Gutes mit sich: Denn der weit überwiegende Teil dieser Zuwanderer kommt zu uns, um hier eine Arbeit, eine Ausbildung oder ein Studium aufzunehmen. Dagegen wollen wir einem Missbrauch des europäischen Freizügigkeitsrechts aber effektiv entgegenwirken, auch um die Akzeptanz für dieses Recht in der Gesellschaft zu erhalten.

Jüngst lässt sich auch das Beispiel der Ebola-Krise in Westafrika in diesem Zusammenhang nennen. Hier werden auf Deutschland erhebliche Aufgaben zukommen. Die Schwierigkeiten zum Beispiel

Sicherheitsvorsorge muss früher ansetzen, bei den kognitiven Fähigkeiten: Wissen, Wahrnehmung, Analyse, Urteilsfähigkeit und strategische Vorausschau.

Sierra Leones oder Liberias, die Seuche wirksam zu bekämpfen, hängen unmittelbar auch mit deren wirtschaftlichen Problemen zusammen, die mittelbar auch

durch die weltweite Finanzkrise verstärkt worden sein dürften. Auf Deutschland werden zwar in allererster Linie aus humanitären Gründen, aber nicht zuletzt auch aus sicherheitspolitischen Erwägungen Anforderungen zum Beispiel für die Bundeswehr und das THW zukommen. Erste Hilfsmaßnahmen durch Unterstützung beim Transport und der Lagerung von Hilfsgütern in Deutschland, Vorbereitung des medizinischen Personals der Bundeswehr für einen Einsatz sind bereits angelaufen.

Globalisierung und Finanzkrise stellen Deutschland vor weitere große sicherheitspolitische Herausforderungen. Die finanziellen Ressourcen sind begrenzt. Der schleichende Staatszerfall in einigen Staaten ist, nicht zuletzt auch in für unsere Rohstoffinteressen wichtigen Regionen, wie zum Beispiel in Nordafrika, im Nahen Osten, im Kaukasus oder in Zentralasien von Bedeutung. Wegen der globalen Abhängigkeiten kann gerade von schwachen Staaten eine Bedrohung für uns ausgehen. Die Maßnahmenfelder, die ich oben dargestellt habe, zeigen, wie heterogen der Begriff „Sicherheit“ ist. Er lässt sich nicht auf bestimmte Themenfelder eingrenzen, daher muss Sicherheitspolitik gerade auch vor dem Hintergrund eingeschränkter finanzieller Mittel immer auch als Risikomanagement >

begriffen werden. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise darf sich nicht auf unsere grundsätzliche Bereitschaft auswirken, in Sicherheit und Verteidigung zu investieren.

Wichtig ist insbesondere, dass Deutschland seine Sicherheitsvorsorge als umfassendes, gesamtstaatliches Risikomanagement – das Gefahrenabwehr und Verteidigung mit einschließt – nach innen wie nach außen begreift und organisiert. Sicherheitsvorsorge muss dann früher ansetzen, bei den kognitiven Fähigkeiten: Wissen, Wahrnehmung, Analyse, Urteilsfähigkeit und strategische Vorausschau. Eine als Risikomanagement verstandene Sicherheitspolitik umfasst ein breites Spektrum von staatlichen Instrumenten, von der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe über die klassische Diplomatie und die Arbeit der Nachrichtendienste bis hin zum Katastrophenschutz und dem robusten Einsatz von Streitkräften.

Das neue strategische Umfeld führt uns die Grenzen der Steuerbarkeit von Sicherheitspolitik durch Staaten oder mit Hilfe hoheitlicher Instrumente vor Augen.

Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sind dabei fließend. Eine vorausschauende, umfassende Sicherheitspolitik muss daher alle zuständigen Ressorts

und Institutionen – und, wo angemessen, zivilgesellschaftliche Akteure – in die Abstimmung mit einbeziehen. Dabei spielen auch die internationalen Kooperationsbeziehungen eine immer wichtigere Rolle, damit Staaten und Gesellschaften sich als leistungsfähig erweisen können. Dabei steht auch und gerade die Weiterbildung im Vordergrund – die Vermittlung eines umfassenden Sicherheitsbegriffs, strategischen Denkens und eines ressortübergreifend vernetzten Ansatzes sind zentrale Forderungen an die Lehre.

Risikomanagement stellt hohe Anforderungen an die Kommunikation zwischen Staat und Öffentlichkeit. Risikoeinschätzungen, Priorisierungen und die daraus zu ziehenden Folgerungen müssen den Bürgern überzeugend erklärt und begründet werden. Dabei gibt es in einer offenen Gesellschaft keinen allumfassenden Schutz. Nicht alle Risiken können vermieden, nicht alle Gefahren abgewehrt werden. Und das neue strategische Umfeld führt uns die Grenzen der Steuerbarkeit von Sicherheitspolitik durch Staaten oder mit Hilfe hoheitlicher Instrumente vor Augen. Hieran müssen wir arbeiten. •

Autor

Dr. Günter Krings, MdB ist seit 2013 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. Er studierte von 1989 bis 1995 in Köln Rechtswissenschaft und Geschichte sowie in Philadelphia amerikanisches und internationales Recht. Die Universität Köln promovierte ihn 2002. In Mönchengladbach war er 1998 bis 2013 als Rechtsanwalt tätig. Seit 2002 ist er Mitglied des Deutschen Bundestags, dabei 2008 und 2009 Justitiar der CDU/CSU-Fraktion und von 2009 bis 2013 ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender.



Kleine Insel, große Wirkung

Anspruch und Wirklichkeit der Sicherheitspolitik Europas scheinen kaum vereinbar – gerade wenn es um die Migrationspolitik geht. Bisherige Maßnahmen, wie die Einrichtung der EU-Grenzschutzagentur Frontex oder die italienische Seerettungsoperation „Mare Nostrum“ waren nur teilweise erfolgreich. Hier: Flüchtlinge auf einem Rettungskreuzer im Hafen von Lampedusa

Der enorme Zuwanderungsdruck und nicht zuletzt Flüchtlingskatastrophen wie das Bootsunglück vor Lampedusa 2013 werfen die Frage auf, ob Europa der Herausforderung gewachsen ist, die derzeitigen Flüchtlingsbewegungen zu kontrollieren und Asylsuchende zu integrieren. Nötig sind allerdings nicht nur europäische, sondern internationale Anstrengungen zur Bekämpfung der Ursachen von Flucht und Migration – und der dazugehörige lange Atem.

Kleine Insel, große Wirkung

Flucht, Migration und die Stabilität in Europa

2014 ist ein besonderes Jahr, denn noch nie waren weltweit seit dem Zweiten Weltkrieg so viele Menschen gleichzeitig auf der Flucht: mehr als 50 Millionen. Die Ursachen sind vielfältig; ob im Nahen Osten, in Nord- oder Zentralafrika – die internationale Gemeinschaft wird von Krisen geschüttelt, deren Ende noch nicht in Sichtweite ist.

Allein in Deutschland wurden 2013 rund 120.000 Asylbewerber gezählt, im Folgejahr 2014 sind es circa 200.000 Menschen, die Asyl in der Bundesrepublik beantragt haben. Solche Zahlen zeigen, dass Deutschland und Europa eine gemeinsame Strategie entwickeln müssen, wie sie künftig mit den zunehmenden Flüchtlingsströmen und Asylbewerberzahlen umgehen wollen.

Dringend sind daher die Fragen, wieviel Zuwanderung Europa integrieren kann, und wie wir als europäische Wertegemeinschaft es bewerkstelligen können, dass die Ärmsten und Schwächsten dabei nicht auf der Strecke bleiben. Dabei schauen nicht nur die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verstärkt auf Italien. Das Land hat spätestens seit der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa 2013 eine umstrittene, ja, tragische Rolle eingenommen als *der* europäische Hafen, in den Hunderttausende illegal über das Mittelmeer flüchten – oder auf dem Weg dahin jämmerlich zu Tode kommen.

Gleichzeitig hatte Rom im zweiten Halbjahr 2014 die EU-Ratspräsi-

dentschaft inne. Innerhalb Europas war der Fokus aus beiden Gründen – der Lampedusa-Katastrophe und der italienischen Ratspräsidentschaft – besonders auf den nationalen Umgang Italiens mit den ankommenden Flüchtlingsströmen gerichtet. Das Land stand daher 2014 doppelt in der Verantwortung, eine nachhaltige Asyl- und Einwanderungspolitik zu formulieren und umzusetzen – und das in Zeiten einer fortgesetzten Wirtschaftskrise, die die neue Regierung unter Matteo Renzi vordringlich bekämpfen musste.

Zugleich ist die italienische Asylproblematik schon lange keine rein nationale Frage mehr. Kann Rom in dieser Hinsicht auch zukünftig auf die Unterstützung seiner europäischen Partner hoffen, und kann die EU sich umgekehrt darauf verlassen, dass Italien sich seiner besonderen Rolle bewusst ist und dementsprechend handelt?

Dem italienischen Botschafter in Berlin, Pietro Benassi, zufolge obliege gerade den „EU-Gründerstaaten“ die zentrale Verantwortung, die europäischen „Grundwerte“ auch für folgende Generationen zu gewährleisten. Er mahnte, dass besonders in Krisenzeiten wie jetzt gelte: Aus italienischer Sicht stehe vor allem im Hinblick auf den Ratsvorsitz die Stärkung eines bürgernahen Europas im Fokus. Dazu gehörten im Kern das Finden einer europäischen Antwort auf die Zuwanderungsfrage genauso wie der Schutz und die Stärkung der Menschenrechte sowie Stabilität und Sicherheit in Europa generell.

Hans ten Feld, Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Berlin, reichte es nicht aus, die derzeitige Flüchtlingsproblematik aus nationaler und europäischer Sicht zu analysieren. Er betonte, dass bei einer möglichen Problemlösung von einer globalen Perspektive ausgegangen werden müsse. „Die Zahl der Flüchtlinge weltweit ist ohne Frage besorgniserregend“, erinnerte ten Feld, „aber zugleich muss man bedenken, dass eine große Zahl dieser Menschen in ihrer Heimatregion geblieben und nur in Nachbarländer geflohen sind.“ In Europa dürfe dies nicht in Vergessenheit geraten. Die häufig auch in den Medien propagierte Idee, alle Flüchtlinge wollten nach Deutschland oder Europa, sei schlichtweg falsch. Die meisten hofften, wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können – eine Hoffnung, die in vielen Situationen bislang eine vergebliche ist. Bedingungen, die eine solche Rückkehr für Flüchtlinge ermöglichen, müssten erst noch geschaffen werden, so ten Feld. Und das gestalte sich sehr schwierig.

Ein weiterer Punkt sei eine gewisse „natürliche Selektivität“ bei der Schaffung rechtlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingun- >

Aus italienischer Sicht gehört zur Stärkung eines bürgernahen Europas eine Antwort auf die Zuwanderungsfrage genauso wie der Schutz der Menschenrechte oder Stabilität und Sicherheit generell.

gen für die Bewältigung politischer Krisensituationen: Ten Feld kritisierte, dass der Fokus der Weltgemeinschaft häufig nur auf die akutesten Krisenfälle gerichtet sei. Die Gefahr, dass andere, weniger akute Krisenherde dabei in Vergessenheit geraten, sei sehr groß. Während sich die internationale Gemeinschaft der Bewältigung einer Krise widme, schwele an anderer Stelle ein anderer Konflikt, der zu späterem Zeitpunkt auszubrechen drohe.

Prävention sei daher auch in Zukunft unerlässlich: In Krisensituationen müssten humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe vermehrt Verbindungen untereinander herstellen, so der VN-Vertreter, „damit vor allem denjenigen Flüchtlingen geholfen werden kann, denen es vorerst nicht möglich sein wird, in ihre Heimat zurückzukehren“. Ganz zentral sei dafür die nachhaltige Umsetzung rechtlicher Rahmenbedingungen – sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene – damit Flüchtlinge gar nicht erst in die Hände illegaler Schleuser gelangen können.

Im internationalen Rahmen bestehen derartige Rahmenbedingungen bereits, zum Beispiel in Form des sogenannten Dubliner Abkommens von 1997, welches das Verfahren und die Zuständigkeit bei neu gestellten Asylanträgen innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union festlegt. Bedeutsam und folgenreich ist vor allem die Regelung des Abkommens, gemäß der ein Asylantrag im jeweiligen ersten Land der EU, in dem der Asylsuchende den Boden der Union betreten hat, bearbeitet wird.

„Es gibt keinen Königsweg der Migrationspolitik“, betonte Michael Tetzlaff, Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung „Migration, Flüchtlinge und Europäische Harmonisierung“ im Bundesinnenministerium, und wechselte zu einem weiteren Aspekt der Diskussion. „Vielleicht kann es diesen auch gar nicht geben.“ Der Grund: Migration sei vielschichtig und unterscheide sich in ihren Ausprägungen von Region zu Region. Flüchtlinge, die nach Europa kommen, hätten unterschiedliche Motive und Gründe, ihrer Hei-

matregionen zu verlassen. „Es sind sowohl Menschen, die Schutz vor Verfolgung, politischer Instabilität oder gar Krieg suchen, als auch solche, die sich in der Zielregion eine bessere Lebensperspektive erhoffen“, erklärte Tetzlaff, „für all diese Flüchtlinge gibt es folglich auch keine ‚One size fits all‘-Lösung“.

Zudem mangle es im Bereich der Migrations- und Flüchtlingspolitik leider bisher noch an einer vollständig harmonisierten europäischen Politik. Der rechtliche Rahmen auf EU-Ebene sei gut, so der Spitzenbeamte, – die Implementierung und Umsetzung der einzel-

Lampedusa-Katastrophe, „Mare Nostrum“ und „Triton“

Ein tödliches Flüchtlingsdrama ereignete sich am 3. Oktober 2013 vor der Küste der zu Italien gehörenden Mittelmeerinsel Lampedusa. Bei einem Schiffsunglück kamen dort geschätzt mehr als 360 Menschen ums Leben, als ein 20 Meter langes Fischerboot sank, auf dem sich bis zu 540 aus Eritrea, Somalia und Ghana stammende Flüchtlinge befanden. Nur 155 von ihnen wurden von der italienischen Küstenwache gerettet. Späteren Berichten zufolge hatten die Migranten einer Schleuserbande rund 3.000 US-Dollar pro Kopf für die Überfahrt von Libyen nach Italien gezahlt.

Die Flucht über das Mittelmeer gilt nicht erst seit diesem Unglück als lebensgefährlich. Eine Studie des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen besagt, dass bereits 2011 mehr als 1.500 Migranten auf diesem Weg ertrunken waren, 2014 sollen es über 3.000 gewesen sein. Die Lampedusa-Katastrophe setzte in der EU eine andauernde Debatte in Gang, welche Maßnahmen derartige Unglücke in Zukunft verhindern können.

Italien reagierte nahezu umgehend mit der Operation „Mare Nostrum“, mit welcher die italienische Marine ab dem 18. Oktober 2013 die laufende Seeraumüberwachung der Flüchtlingsbewegungen um umfangreiche Seenotrettungsmaßnahmen ergänzte. Mit Kosten von rund neun Millionen Euro pro Monat soll es so gelungen sein, 2014 mehr als dreimal so vielen Flüchtlingen das Leben gerettet zu haben wie im Vorjahr. Kritiker der Operation bemängelten, dass die Seenotrettung gerade ein Anreiz für die riskante Flucht über das Mittelmeer gewesen wäre. „Mare Nostrum“ wurde zum Ende des Jahres 2014 eingestellt.

Noch im November 2014 begann die EU dafür eine neue Grenzschutzmission: Die Operation „Triton“ soll Italien unterstützen, das nach wie vor mit einer hohen Zahl von Bootsflüchtlings konfrontiert ist. Unter dem Dach der EU-Grenzschutzagentur Frontex standen der Operation zum Jahreswechsel sechs Schiffe, zwei Flugzeuge und ein Hubschrauber mit einem Monatsbudget von knapp drei Millionen Euro zur Verfügung. Deutschland hilft mit Personal und Material der Bundespolizei. Auch mit diesen im Vergleich zu „Mare Nostrum“ geringeren Mitteln hat „Triton“ bereits bis Januar 2015 rund 15.000 Flüchtlinge aus Seenot gerettet, wie Bundesminister Thomas de Maizière erklärte.

nen Mitgliedstaaten in der Praxis jedoch noch sehr unterschiedlich. Doch nicht nur eine mangelnde Harmonisierung erschwere den Umgang mit wachsenden Migrationsströmen nach Europa. Die Ergebnisse der letzten Europawahlen seien der Beweis dafür, dass der Zulauf und die Bereitschaft der Wähler, EU-skeptische Parteien zu unterstützen, stark zugenommen habe. Besorgniserregend sei dabei vor allem der Erfolg solcher Parteien, die teilweise fremdenfeindliche Tendenzen vertreten. Um dem entgegenzutreten, bedürfe es nach Tetzlaff eines „ganzheitlichen Ansatzes, der wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Aspekte miteinander verknüpft“, um zu verhindern, dass die mit Migration verbundenen Effekte zu einer Destabilisierung in Europa führten.

Und was geschieht, damit Menschen gar nicht erst in solche existentiellen Zwangslagen geraten? Dafür, Fluchtursachen vor Ort zu beseitigen, plädierte Thomas Silberhorn, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen im Aufnahmeland auch Perspektiven anzubieten, sei aus humanitärer Verantwortung vollkommen richtig. Langfristig aber – vor allem aufgrund der Prognosen über stetig ansteigende Migrationsströme – müsse alles dafür getan werden, die Ursachen von Flucht und Vertreibung in den Krisenregionen zu bekämpfen. Dort, wo Konflikte entstehen und eskalieren, dürfe die Debatte über die Lösung derselben nicht allein von der Frage möglicher kurz- bis mittelfristiger Auslandseinsätze der Bundeswehr bestimmt werden. Es müsse auch analysiert werden, was präventiv und ebenso was „post conflict“, also nach dem Abzug von Streitkräften, geleistet werden könne, damit die Lage in Krisenregionen langfristig stabilisiert werde.

Dieser vernetzte Ansatz bedarf einerseits Vorsorge- und andererseits Nachsorgemaßnahmen. Aber wie realistisch ist die umfassende Umsetzung dieses vernetzten Ansatzes? Krisen und Konflikte werden immer wieder auftreten – wird es der internationalen Gemeinschaft gelingen, diese im Hinblick auf die Flüchtlingsproblematik rechtzeitig zu erkennen?

Die Verantwortung für solche Präventions- und Nachsorgemaßnahmen liegt bei der internationalen Gemeinschaft. „Aber die muss“, so ergänzte Hans ten Feld die Diskussion im DFS-Panel, „in diesem Hinblick viele Versäumnisse einräumen.“ Konkret bedeute das erstens die Lebensumstände in den Herkunftsländern, zweitens die Lage in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende zu verbessern, und drittens in ihrer Heimat wieder Perspektiven für

die Reintegration der Flüchtlinge schaffen. Dazu bedürfe es der verstärkten Zusammenarbeit lokaler, nationaler und internationaler Behörden und Akteure.

Auch vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Zusammenhänge von Migration dürfe dies nicht vergessen werden, mahnte ten Feld. Die Fragen nach der effektiven Bekämpfung von Schleuserbanden sowie der Verdacht, derartige Akteure könnten verdeckt Terrorismus finanzieren, seien davon nur zwei zu nennende Aspekte.

„Ursachen zu beseitigen geht nicht von heute auf morgen“, stellen die Teilnehmer des Panels unisono fest. Das dürfe jedoch kein Hindernis für den Einsatz der internationalen Gemeinschaft im Umgang mit migrations- und asylpolitischen Fragen sein. Die Umsetzung internationaler, rechtlicher Rahmenbedingungen aber müsse stärker in nationaler Verantwortung erfolgen. Die migrationspolitische Agenda müsse darüber hinaus Maßnahmen zur Prävention von Flucht und Vertreibung mehr berücksichtigen.

„Es gibt keinen Königsweg der Migrationspolitik. Für alle Flüchtlinge gibt es auch keine ‚One size fits all‘-Lösung.“

Von einer strengeren Asylpolitik und stärkeren Grenzkontrollen per se dagegen distanzierte sich das Panel. Es müsse wei-

terhin die Möglichkeit bestehen, in der Fremde Schutz zu suchen, wenn die eigene Heimat diese nicht mehr bieten kann. In Zukunft muss jedoch noch viel dafür getan werden, damit Menschen diesen Schutz auf legalem Wege finden können – ohne Schleuserbanden und lebensgefährliche Fluchtmanöver über das Mittelmeer. •

Panelisten

Thomas Silberhorn, MdB Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
S.E. Pietro Benassi Botschafter der Italienischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland

Hans ten Feld Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland

Michael Tetzlaff Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung Migration, Flüchtlinge, Europäische Harmonisierung im Bundesministerium des Innern

Moderation

Susanne Koelbl Der Spiegel



Mit gutem Beispiel voran

Verläuft quer durch Europa eine Grenze zwischen „soft“ und „hard power“? Den Protestierenden in Kiew im Winter 2013/2014 (links) scheint das Modell „Europäische Union“ jedenfalls attraktiver als die „Eurasische Wirtschaftsunion“ (rechts Wladimir Putin bei der Unterzeichnung des EAWU-Vertrages von Russland, Belarus und Kasachstan am 29. Mai 2014 in Astana).

WOLFGANG SCHÄUBLE:

Mit gutem Beispiel voran

Mit der Stabilisierung seiner Gemeinschaftswährung hat Europa die Grundlage dafür geschaffen, nicht nur global konkurrenzfähig zu bleiben, sondern auch seine Soft Power weiter für seine Interessen einsetzen zu können – gerade rechtzeitig, denn der Westen ist durch die Krisen des Jahres 2014 enorm herausgefordert.

Die Universalität unserer Vorstellungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten wird ja von anderen nicht so ohne weiteres akzeptiert – jedenfalls nicht in der Art, wie wir westliche Vorstellungen für richtig halten. Das ist nicht nur eine Debatte mit der islamischen Welt, sondern es ist ja auch die Basis einer Diskussion, die wir mit Russland vielfältig führen müssen. Dabei wird uns von russischer Seite gesagt: Was ihr da betreibt, das läuft ja in Wahrheit nur auf eine Destabilisierung unserer Ordnung hinaus.

Das mag man für richtig oder falsch halten, aber wenn wir in dieser Welt für unsere Vorstellungen erfolgreich werben wollen, dann werden wir dies eher tun können, wenn wir zeigen, dass unsere Vorstellungen auch mit erfolgreichem Wirtschaften gut zu vereinbaren sind.

Nun sind die europäischen Weltmächte alle keine mehr. Das war ein schmerzlicher Prozess in den 70 Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir Europäer, alle zusammen – wie groß auch immer die Europäische Union ihre endgültigen Grenzen ziehen wird –, wir sind inzwischen noch nicht einmal zehn Prozent der Weltbevölkerung. Wir werden also im 21. Jahrhundert nicht mehr die Rolle spielen können, die sich die Europäer in früheren Jahrhunderten zugetraut und in Anspruch genommen haben. Darüber hinaus wird unsere Bedeutung in der Weltwirtschaft natürlich auch nicht größer. Andere werden größer, werden wettbewerbsfähiger. Unser Wettbewerb mit diesen anderen wird intensiver.



Das Gewicht der „emerging economies“, der BRICS-Gruppe Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, aber auch von Staaten wie der Türkei, Mexikos und Indonesiens, spielt zunehmend eine große Rolle im weltwirtschaftlichen Konzert. Und in diesem Konzert müssen wir uns behaupten. Dazu müssen wir in Europa natürlich leistungsfähig und wettbewerbsfähig sein, was wir nur erreichen werden, wenn wir die wirtschaftliche Integration in Europa weiter voranbringen.

Wir sind natürlich immer noch wirtschaftlich und politisch in dieser Welt nicht irrelevant, sondern, wenn wir gemeinsam handeln, sogar ganz erheblich relevant. Die jüngste Vergangenheit zeigt das: Die Währungskrise als solche haben wir ganz gut überwunden – entgegen allem Alarmismus, besonders wenn man noch einmal die Schlagzeilen der Jahre ab 2009 Revue passieren lässt, was alles vorhergesagt worden ist, was alles schief gehen könne. Dagegen ist es gelungen, das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen, indem man zunächst einmal gesagt hat: Ihr könnt machen, was ihr wollt, wir, alle europäischen Staaten einschließlich Frankreich und Deutschland, sind politisch entschlossen, alles zu tun, um die gemeinsame europäische Währung stabil zu halten.

Dann haben wir einen Mechanismus geschaffen, um diese Stabilität zu gewährleisten. Und weil es ja nicht eine nationale Währung ist, die einen Staatshaushalt als „lender of last resort“ hat, haben wir einen gemeinsamen Stabilisierungsfonds geschaffen. Der ist aber >

nicht dazu da, dass er für alle möglichen guten Zwecke genutzt werden kann. Sondern er ist dazu da, dass er eigentlich nicht gebraucht wird. Damit man für den Fall, wenn man ihn bräuchte, nur im Not- und Ausnahmefall, ihn hat – das ist der europäische Stabilisierungsmechanismus.

Für die Zukunft bedeutet das, auch für uns in der Bundesrepublik, dass wir bei unserer politischen Entschlossenheit, unserer Verlässlichkeit bleiben. Ja, wir müssen die Investitionen in Deutschland verstärken, vor allem die privaten, aber auch die öffentlichen. Wir sollten das aber nicht tun, indem wir unseren bisherigen finanzpolitischen Kurs aufgeben, auch wenn es darüber unterschiedliche Meinungen gibt.

Meine feste Überzeugung ist, dass für das gute Wirtschaftsklima in Deutschland, bei Investitionen wie bei der privaten Konsumnachfrage, die Verlässlichkeit der Finanzpolitik ein ganz entscheidender Faktor ist. Ein Zweifel daran, ein Aufgeben oder nur ein Infragestellen dieses Assets würde uns wirtschaftlich viel mehr schaden, als jedes kurzfristige Nachfrage stimulierende Programm uns nützen würde. Das sehen wir übrigens in der Regierung alle gemeinsam so, insbesondere wiederum der Wirtschaftsminister und der Finanzminister in gleicher Weise.

Effizientes Wirtschaften mit Demokratie, „rule of law“ und damit wirklicher Nachhaltigkeit zu verbinden – das kann im Moment nur der Westen demonstrieren.

Effizientes Wirtschaften können andere auf dieser Welt zwar auch. Es aber mit Demokratie, „rule of law“ und damit wirklicher Nachhaltigkeit zu verbinden – das kann im Moment nur der Westen demonstrieren. Unsere Werte werden umso attraktiver, je mehr wir zeigen, dass sie auch in der Praxis funktionieren. Und deswegen ist für unsere zivile Überzeugungskraft – auch zur Durchsetzung außen- und sicherheitspolitischer Ziele – anstelle des Weges militärischer Auseinandersetzungen letzten Endes eine leistungsfähige wirtschaftliche und finanzpolitische Integration Europas ein wesentlicher Beitrag.

Das ist bei weitem nicht alles, aber ohne eine stabile wirtschaftliche Grundlage wird das heutige Europa seiner sicherheitspolitischen

Verantwortung nicht gerecht werden können. Das ist die entscheidende Antwort auf die Frage, was eine leistungsfähige Finanz- und Wirtschaftsordnung mit Sicherheitspolitik zu tun hat. Damit sind wir genau beim Thema: den sicherheitspolitischen Konsequenzen der Finanzkrise. Und deswegen fühle ich mich als Finanzminister in die sicherheitspolitische Gesamtverantwortung mit eingebunden. •

Autor

Dr. Wolfgang Schäuble, MdB ist seit 2009 Bundesfinanzminister. Er studierte in Freiburg und Hamburg Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Bereits seit 1972 besitzt er ein Bundestagsmandat für die CDU Baden-Württemberg. 1984 wurde er Chef des Bundeskanzleramts im Kabinett Kohl II. 1989 bis 1991 war er Bundesminister des Innern, anschließend Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU. Von 1998 bis 2000 war er Bundesvorsitzender der CDU. Im Kabinett Merkel I war er von 2005 bis 2009 erneut Bundesinnenminister.



Von Managern und ehrlichen Kaufleuten

Wirtschaft – Gesellschaft – Stabilität: Selten zuvor wurde der Zusammenhang zwischen Wohlstand, Gerechtigkeit und Sicherheit so deutlich wie in den wiederholten Krawallen in Athen seit 2008. Bei einer erschreckend hohen Jugendarbeitslosigkeit von mehr als einem Drittel aller Griechen unter 25 Jahren stellten die Protestierenden die Systemfrage – auch mit Gewalt.

Es hätte ja nur ein routinemäßiger Knick sein können in einer scheinbar endlosen Erfolgsgeschichte. Aber die schwerwiegende Finanz- und Bankenkrise sowie die anschließende gesamtwirtschaftliche Rezession waren nicht einfach mit der Zeit ausgestanden. Stattdessen kämpft Europa bis heute mit seiner Stabilität – eine Systemkrise, die seine Innere Sicherheit gefährdet?

Von Managern und ehrlichen Kaufleuten

Ist die Finanzkrise die Systemkrise?

Als die Kurse abstürzten, Menschen auf der ganzen Welt ihr Hab und Gut verloren und viele Sparer davorstanden, ihre Konten leerräumen, da stand schon 2008 plötzlich hinter dem Paradigma des Neoliberalismus ein großes Fragezeichen. Doch dabei blieb es nicht. In den USA sackten im Herbst 2014 die Renditen für Staatsanleihen ab und in Deutschland fiel zur selben Zeit der DAX wie seit Langem nicht mehr. „Noch sprechen Börsianer von einem Mini-Crash“, schrieb die „Frankfurter Rundschau“. Erst mit Versprechungen der US-Notenbank und der Europäischen Zentralbank stabilisierte sich vorübergehend die Lage.

Doch das sind nur Zahlen. In Europa schwindet zugleich „die Hoffnung, die Krise abhaken zu können“. In der Europäischen Union kämpfen die schuldengebeutelten Staaten heute gegen das Misstrauen der Bevölkerung. 30 Prozent der Griechen hatten vor dem

Wintereinbruch Angst, sich keine Heizung mehr leisten zu können, in Spanien hat jeder zweite Jugendliche keine Arbeit. Es schwelt nicht mehr nur eine abstrakte „Finanzkrise“ oder eine „Wirtschaftskrise“. Nein, es geht um eine handfeste Demokratiekrise. Wenn von der vermeintlichen Allwissenheit der Märkte nur Ernüchterung zurückbleibt und den Regierungen nur noch „Konsolidierung“ bleibt, schwindet das Vertrauen – und zugleich wächst das Aufbegehren. Die „Krise“ ist nicht auskuriert. Doch liegt der angeknackste Patient vielleicht schon im Totenbett?

Diese Geschichte einer Krise, die eine Geschichte der amerikanischen Immobilienblase genauso wie der hohen Staatsverschuldung vieler Staaten ist, war der Ausgangspunkt der „Night Owl Session“ des DFS 2014 am Abend des ersten Konferenztages. Dynamisch und kontrovers wurde es – was nicht nur an der so grundlegenden „Systemfrage“ gelegen haben dürfte, sondern auch an den geladenen Gästen: *Dietmar Bartsch*, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion „Die Linke“, sprach so engagiert, dass es wohl besser war, dass er an diesem Abend nicht im Bundestag saß, bei dem Thema könne er sich eigenen Angaben zufolge schließlich „richtig aufregen“.

Matthias Deutschmann, Kabarettist und „Attac“-Mitglied, zeigte an diesem Abend nicht seine humorvolle Seite (denn auch, wenn die „Griechen-Witze“ nicht nur in Deutschland zuletzt zu einem richtigen „Volkssport“ geworden seien, gäbe es an der Krise eigentlich nicht viel Lustiges), sondern provozierte durch zugespitzte Thesen, wie „Der Euro wurde den Griechen verordnet“ und zynische Analysen à la „Wolfgang Schäuble hat den Kapitalismus gerettet“.

Matthias Zimmer, stellvertretender Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, gestand zu, dass viele seiner Kollegen, für die der Ordoliberalismus zu einem neuen scholastischen Welterklärungsmodell geworden war, vor einem Umdenken stehen müssen.

Irina Kummert, Präsidentin des Ethikverbandes der Deutschen Wirtschaft, stellte aktuelle Studien zu moralisch-ethischen Vorstellungen in der Finanzwelt vor. Auch wenn jene Gruppe von Menschen, die an diesem Abend immer wieder zum Objekt in der Rede wurde – nämlich die „Banker“, die „Manager“ –, nicht selbst im Podium vertreten waren, versprach die Runde, moderiert von „Zeit“-Journalistin Mariam Lau, einige vielversprechende Impulse – zumindest so viele, wie man sie in 90 Minuten unterbringen kann. Dass die Weltwirtschaft von einer „unsichtbaren Hand“ gesteuert >

werde, die zu „vernünftigen“ Entscheidungen von Kaufen und Verkaufen verleite, ist eine der Grundannahmen der Wirtschaftswissenschaften, die in den meisten Ländern der Welt in Klassenzimmern genauso hingebungsvoll gelehrt wird wie an Universitäten. Die Metapher der Selbstregulierung der Märkte wurde in den vergangenen Jahren zu einer Welterklärungsformel, die quasi religiöse Züge angenommen hatte. Als 2008 erst amerikanische, dann aber auch deutsche Banken zu kollabieren drohten, zeigte sich, dass auch dieser neue Gott „tot“ sein könnte. Bei einer Anhörung vor dem Kongress musste selbst Alan Greenspan, fast zwei Dekaden Chef der US-Notenbank, eingestehen, dass er einen „Fehler in diesem ‚Welterklärungsmodell‘“ der „unsichtbaren Hand“ gefunden habe – dabei hatte er doch beinahe ein halbes Jahrhundert „den Beweis führen können, dass es hervorragend funktioniert“.

„Haben wir es da mit ein paar Stellschrauben zu tun, die falsch gestellt wurden“, fragte Moderatorin Lau, wenn die bisherigen Spielregeln des globalen Wirtschaftens, nämlich die Vorstellung eines sakrosankten freien Marktes, auf einmal bedeutungslos würden. „Oder handelt es sich um eine echte Systemkrise? Und wie konnte es dazu kommen?“

Die Antworten auf die beiden Fragen fielen erwartungsgemäß unterschiedlich aus. Der konservative Arbeitnehmer-Vertreter Zimmer wollte nicht von einer Systemkrise reden, sondern lieber von einer „Krise im System“, und zählte als ihre Ursachen auf, dass zum einen das ordoliberalen Prinzip als „Kernbestandteil der sozialen Marktwirtschaft“ verletzt wurde, nach welchem „Risiko und Haftung zusammen gehören“. Sowohl durch die „neuen Finanzprodukte“ als auch durch „fehlende Managerhaftung und falsche Anreize“ sei risikofreie Spekulation möglich geworden. Ökonomische Theorien, die wissenschaftlich unhaltbar sind, seien zu Welterklärungssystemen

Leverage-Effekt

Der Leverage-Effekt ist ein finanzwirtschaftlicher Begriff, der allgemein Situationen beschreibt, bei denen kleine Änderungen einer Variablen zu großen Ausschlägen im Resultat führen. Neben den Bereichen Kostenstruktur und Derivaten wird der Begriff vor allem im Bereich Kapitalstruktur verwendet. Kann ein Anleger Fremdkapital zu geringeren Zinsen oder günstigeren Konditionen aufnehmen als er mit einem Investment an Rendite erzielt, so kann er dadurch die Rendite seines Eigenkapitals erhöhen. Der Anleger kann mehr Geld investieren und so einen höheren Gewinn erzielen.

men avanciert. Zum anderen seien diejenigen Staaten selbst schuld gewesen, die sich nicht mehr um die Geldstabilität geschert hätten: Von den Zentralbanken sei „zu viel Geld in das System gepumpt

worden“, denn während die Realwirtschaft nur um ein Sechstel wuchs, stieg die Geldmenge um 90 Prozent. Somit hätten Politik und Wirtschaft gemeinsam Fehler gemacht, die in die

Politik und Wirtschaft begangen gemeinsam Fehler, die in die Krise führten. Nur die „ehrlichen Kaufmänner“ sind von der Krise unberührt geblieben.

Krise geführt hätten. Nur die „ehrlichen Kaufmänner“, so Zimmer, wie man sie neben den Bankkonzernen in Frankfurt eben auch finden könne, seien von der Krise unberührt geblieben – denn was sie nicht verstehen, würden sie auch nicht verkaufen, zitiert Zimmer einen Privatbankier.

Natürlich waren auch diese vermeintlich „guten“ Banker getroffen, als mit der Krise die Nachfrage absackte. Doch Krisen gehörten zum System eben nun einmal dazu, befand Zimmer, – zur Zeit der holländischen Tulpenkrise wie auch heute. Gemeinsame Ursache sei jedes Mal ein zu langer „Hebel“, finanztheoretisch gesagt ein zu hoher Leverage-Effekt.

Für Dietmar Bartsch dagegen liegt die Krise im System selbst, denn dem Unternehmer dürfe man an sich keinen Vorwurf machen, dass er danach strebt, sein Vermögen ständig vermehren zu wollen, „sonst geht er Konkurs“. Dementsprechend sei ja auch „karitatives Handeln“ eher untypisch für das Kapital. Dass es aber überhaupt möglich gewesen war, ohne reale Produktion das eigene Vermögen virtuell zu vermehren, sei vor allem politisch verursacht gewesen: Während es Sparkassen und Volksbanken verboten war, hochspekulative Finanzprodukte zu verkaufen, hätte es erst die Deregulierung, wie sie in Deutschland ab 1998 stattgefunden hat, ermöglicht, dass die Blasen entstehen konnten, die früher oder später platzen mussten. Die Immobilienkrise hätte zudem gezeigt, dass auch ein gewöhnlicher Häuslebauer von „Gier“ betroffen sein könne – wenn auch in anderen Maßstäben. Und sicherlich war es keine „Gier“, sondern einfach naiv: Die Vorstellung, den amerikanischen Traum vom Eigenheim mit günstigen Krediten zu finanzieren, ohne dass der Kreditgeber dafür eine gepfefferte Gegenleistung einfordern würde, war plötzlich für jeden denkbar. Bewahrheitet hat sie sich nicht. >

Dass es überhaupt die Möglichkeit gab so zu träumen, sei letztlich eine politische Entscheidung gewesen.

„Das Geld selbst ist zur Ware geworden“, führte Matthias Deutschmann das Gespräch aufs Börsenparkett – denn in Sekundenbruchteilen ließen sich Begehrlichkeiten decken, die sonst mit dem Lohn eines ganzen Arbeiterlebens nicht zu befriedigen wären. Wenn „gezockt“ werden kann, dann werde das auch getan – auch wenn das nichts mehr mit Wirtschaften zu tun hat. „Die Leute, die aufgefliegen sind, was waren das für Leute? War das das Gesicht des guten Kaufmanns? Nein, das waren Zocker.“

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise hatte sich auch das Bild von den Menschen geändert, die für das Wirtschaften und dessen Folgen verantwortlich sind. An die Stelle des Bildes eines „guten Unternehmers“, der Gutes tut, weil er es für das Unternehmen tut, ist die Vorstellung des gierigen „Managers“ gerückt, dessen grenzenlose Gelüste die Welt in den Ruin treiben. Solche Klischees wirken an sich schon unwirklich – und vor allem: höchst moralisch. Da ist es lohnenswert, einen Blick in Irina Kummerts 2013 veröffentlichte Studie zum Ethikverständnis von Finanzmarktakteuren zu werfen: Vertraulich hatte die promovierte Personalberaterin Investoren interviewt. Auf die erste Frage „Was verstehen Sie konkret unter Ethik?“ wären die Interviewten gelegentlich gar nicht eingegangen, denn Ethik und Moral seien zwar ein „dauerhaftes Thema“, ließen sich aber nicht einfach aus dem Stehgreif definieren.

Kummert bestätigte in ihrer Arbeit die intuitive Annahme, dass in der untersuchten Fallgruppe ein utilitaristisches Verständnis von Handeln vorherrscht, „gut ist, was uns nützt“, und eben nicht das Kantische „gut handeln, weil es das Gute ist“. Wie die Begriffe „Gier“ oder „Demokratie“ im zeitgenössischen Diskurs „zum Teil stark moralisch aufgeladen werden“ (weil daran Interessen bestehen), sei auch die Frage „Ist die Finanzkrise die Systemkrise?“ im Grunde eine Frage wie „Was ist gerecht?“. An sie knüpfen sich bestimmte Vorstellungen von „Gerechtigkeit“, wie auch von dem „System“.

Genau hier entsteht für Kummert der Antagonismus: Das „System“ einerseits ließe sich als ein solches wahrnehmen, in welchem bestimmte Machtgruppen erhebliche Risiken eingehen könnten und die Gewinne daraus in diesen Gruppen verblieben, dabei eventuelle Ausfälle und Einbußen wiederum durch allgemeine Steuern oder staatliche Sonderhaushalte aufgefangen würden. Ein allgemeines Verständnis von „Gerechtigkeit“ wiederum bezeichne das als

unmoralisch, erläuterte Kummert. Auch der Begriff des „Risikos“ werde zu einer allgemein „amoralischen Größe“, Vorstellungen von „Unternehmern“ und „Managern“ würden sich vermengen.

„Es besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen Unternehmer und einem Manager“, wandte an dieser Stelle Dietmar Bartsch ein: Einem bankrotten Unternehmer könne es schlechter ergehen als einem normalen Arbeitnehmer, ein Manager hingegen müsse wie ein Profifußballspieler nur „auf eine für ihn gute Vertragsgestaltung achten“ und genieße idealerweise großzügigste Abfindungen oder „Renten“-Ansprüche, wie im Fall der 2009 verstaatlichten Hypo Real Estate Holding sogar aus Steuergeldern. Was solche Manager für Ideen entwickelten, um ohne nennenswerte Produktion, also Wertschöpfung, immer höhere Renditen zu erzielen, habe „zum Schluss gar keiner mehr verstanden“ – denn was einmal produziert worden war, wäre „sieben Mal verkauft“ worden. „In der Finanzmarktbranche kann man keinen Neuwert schaffen. Ausgeschlossen. Es muss immer noch irgendwo produziert werden. Oder es entsteht eine Blase“, so Bartsch.

Doch wie ließen sich Menschen, beispielsweise Manager oder Banker, dazu bringen, moralisches Handeln an den Tag zu legen? Die Finanztransaktionssteuer oder „Tobin-Steuer“, die inzwischen auch Konservative unterstützen, hält Ethik-Forscherin Kummert lediglich für ein Instrument, das „irgendwem bestrafen“ wolle, nämlich den amoralisch Handelnden – dabei würden institutionelle Trader

genauso wie Kleinanleger zur Kasse gebeten. Statt weitere Regulierungen einzuführen, meint Kummert, sollten unersättliche Manager eher „über die persönliche Re-

putation“ sanktioniert werden. Denn Millionenbeträge davonzutragen, dann aber die vereinsamte Familie den „Bach runter gehen“ zu sehen, „das will keiner“. Die Moderatorin konnte das nicht stehenlassen: „Das können wir ja nicht organisieren“ – denn staatlich-politisches Handeln habe für die Emotionen von Manager-Ehefrauen keine Instrumentarien.

Auch Dietmar Bartsch griff erneut ein, um die Tobin-Steuer zu differenzieren: Einen Hochgeschwindigkeitsanleger, dessen Tätig- >

Eine wachsende Ungleichheit stellt eine gesamtgesellschaftliche Ordnung vor neue Probleme, eine Ordnung, in der Sicherheitspolitik erst funktionieren kann.

keit nur im automatisierten Kaufen und Verkaufen besteht, trifft die mögliche Besteuerung im Promillebereich unweit stärker als einen Kleinanleger, der nicht spekuliert, sondern sein Geld eben dauerhaft anlegt. Auch dadurch, dass Finanzderivate unbesteuert geblieben sind, konnte sich in den Händen der 500 reichsten Deutschen, rechnete Bartsch vor, ein Vermögen von über 600 Milliarden Euro konzentrieren – Tendenz steigend. Zum Vergleich: Das mittlere Netto-Einkommen in der Bundesrepublik beträgt um die 1.300 Euro im Monat – Tendenz fallend.

Die OECD hat mit solchen Zahlen bereits 2011 nur empirisch bestätigt, was die meisten Deutschen ohnehin schon gedacht hatten: In Deutschland nimmt die Schere zwischen arm und reich zu. Daran ändert auch der Armutsbericht der letzten Bundesregierung von 2013 wenig, den Matthias Zimmer zur Relativierung der Lage anbrachte. Dass Zimmer zugleich die Lage in den USA noch für „sehr viel dramatischer“ hält (was mehrere unabhängige Statistiken auch belegen), wirft einen düsteren Schatten auf die Wiege des kaum regulierten Finanzmarktes und seine Akteure.

Und mit der wachsenden Ungleichheit wachsen die sicherheitspolitischen Risiken: Nicht zufällig haben gerade in den besonders krisengebeutelten Staaten radikale Gruppierungen Zulauf, das Vertrauen in die Demokratie ist dort auf ein Rekordtief gesunken. Selbst in Deutschland zweifeln immer mehr Menschen daran, dass es in der Demokratie gerecht zugeht. Das stellt die gesamtgesellschaftliche Ordnung vor neue Probleme, eine Ordnung, in der Sicherheitspolitik erst funktionieren kann.

Trotz perspektivischer und definitorischer Unterschiede – in einem Punkt waren sich alle Diskutanten einig: Die Krise ist nicht ausgestanden.

das Finanzmarktsystem mit seinen Formen von abstrakt-undurchsichtigem Derivatehandel auf der einen und einer wachsenden Staatsverschuldung auf der anderen Seite dem Tod noch einmal von der Schippe gesprungen zu sein. Die Politik hätte dabei kräftig geholfen, erinnert sich Kabarettist Deutschmann: „Das war eine wunderbare Gute-Nacht-Geschichte zur Beruhigung aller Investo-

Trotz aller perspektivischer und definitorischer Unterschiede – in einem Punkt waren sich alle Diskutanten einig: Die Krise ist nicht ausgestanden. 2008 schien

ren, nach dem Motto: Wir müssen uns um den Kapitalismus keine Sorgen machen, die Politik hat alles unter Kontrolle.“ Die Plünderung der privaten Bankkonten ist ausgeblieben, das „Vertrauen der Märkte“ in die Krisenstaaten zumindest soweit stabilisiert, dass sie nicht mehr unmittelbar vor der Pleite stehen.

Nun arbeite die Politik „unter Schmerzen“, so Zimmer, das nach, was sie jahrzehntlang versäumt hatte: eine zumindest ansatzweise einheitliche Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union und eine wirkungsvollere Regulierung der Finanzmärkte einzuführen. Doch eben weil die EU vor allem nicht mit einer gemeinsamen handlungsfähigen Politik, sondern einer herablassenden „Verwaltung“ >

„Hochfrequenzhandel“

Als Hochfrequenzhandel wird ein mit Computern betriebener Handel mit Wertpapieren bezeichnet, der sich durch kurze Haltefristen und hohen Umsatz auszeichnet. Obwohl die Medien den Begriff weitläufig benutzen, gibt es keine allgemeingültige Definition und Abgrenzung. Das Phänomen lässt sich bislang nur über seine Eigenschaften und Beobachtungen in der Praxis definieren.

Praktisch bedeutet der Hochfrequenzhandel, dass die Zeiten, in denen sich unter physischem Einsatz auf dem Handelsplatz Geld verdienen lässt, vorbei sind. Heute bewerkstelligen das Hochleistungscomputer, die vollautomatisch aufgrund von dynamischen Algorithmen die Markt- und Weltlage analysieren, mit diesen Erkenntnissen möglichst in Echtzeit Kauf- und Verkaufsentscheidungen selbstständig veranlassen und so durch stets winzige Gewinne pro Transaktion enorme Profite erzeugen. Die Methoden sind dabei vielfältig: Mal wird ausgenutzt, dass ein Wertpapier an verschiedenen Handelsplätzen minimale Kursdifferenzen aufweist, oder Aktien einer Branche wider Erwarten nicht im üblichen Maße gemeinsam steigen oder fallen, mal basiert das Vorgehen auf der Hoffnung, durch unzählige Orders das Börsensystem zu überlasten und so die Preisfindung zu verzögern. Diese Verfahren versprechen Anlegern in kurzer Zeit höchste Spekulationsprofite. Welche Risiken der vollautomatisierte Handel birgt, zeigt die jüngste Vergangenheit: Weil die Computer der „Händler“ (noch) keine Zusammenhänge verstehen, sondern offensichtlich nur nach Schlagworten suchen, führte die getürkte Agenturmeldung eines Hackers, es habe im Weißen Haus zwei Explosionen gegeben, zu plötzlichen Kurseinbrüchen.

Die Broker selbst profitieren nicht nur von den rasant wachsenden Rechenkapazitäten von Computern und immer intelligenter wirkender Software, sondern auch davon, dass – im Gegensatz zu praktisch allen Handelswaren – Derivate von einer Besteuerung so gut wie ausgenommen sind. Die vieldiskutierte Tobin-Steuer von wenigen Promillepunkten würde bei klassischen Anlagen kaum ins Gewicht fallen, den ständigen rein spekulativen An- und Verkauf von Wertpapieren aber deutlich verteuern.

assoziiert werde, wundere es nicht, dass „die europäische Union noch nicht in den Köpfen und Herzen der Menschen angekommen ist“, diagnostizierte Kummert ergänzend.

Und dennoch: Die „linken“ und „progressiven“ Parteien und Initiativen konnten von der Krise des Finanzkapitalismus kaum profitieren. Durchaus ernst wies Deutschmann darauf hin, wie die Zeltlager der Attac-Demonstrierenden regelmäßig „nach 14 Tagen ein Müllproblem kriegen“, solche Aktionen also eigentlich nur Kräfte verzehrten, aber „keinen echten Geländegewinn“ erzeugten. Auch wenn Bartsch als „Linken“-Funktionär Ähnliches am eigenen Leibe zu spüren bekam, ist für ihn allerdings der neoliberale „Mainstream vorbei“, die Ideologie einer FDP, dass „wenn jeder an sich selbst denkt, an jeden gedacht ist“, überwunden: Privatisierungen von Verkehr, Wasser und Abwasser seien „gescheitert“, auch der Börsengang der Deutschen Bahn. In Europa sei nun eine Gegenbewegung zu erkennen, die versuche, die Irrtümer der Vergangenheit schrittweise rückgängig zu machen. Dazu gehöre auch, dass die Staatshaushalte saniert werden müssten – wenn auch mit Augenmaß und idealerweise nicht mitten in der Rezession.

Für Matthias Zimmer wird aber genau das mitten in der Demokratiekrise zum Problem: Damit die Bevölkerung noch ein minimales Interesse für Politik im Allgemeinen und für individuelle Parteienpolitik im Speziellen beibehält, müssten Regierungen ihren Bürgerinnen und Bürgern immer wieder „Geschenke“ machen und „Wünsche“ erfüllen – so bleibe Politik nicht viel mehr als Verteilung. Das stelle die Frage nach einer neuen Debatte um Suffizienz statt eines immer größeren Zwangs zum (monetären) Wachstum, der erst den Hang zu Krisen ausmacht.

Für die (zum Teil eigene Panels einfordernden) Fragen und Anregungen aus dem Publikum gab es am Ende dieser Diskussion leider kaum noch Zeit: die mangelhafte Vertretung verschiedener Berufsgruppen in einem zu großgerateten Bundestag, ein veraltetes Beamtengesetz, zu wenig Wirtschaftskompetenz in den Ministerien, die wachsende Marktmacht internationaler Großkonzerne, die Sehnsucht nach der „oppositionellen Kante“ des Kabarettisten auf der Bühne, die Fatalität des Schuldenerlasses ...

Das Thema „Systemkrise“ wurde an diesem Abend nicht ausdiskutiert, die Diagnose für den schwächelnden Patienten nicht klar gestellt. Und so bleibt es vorerst offen, welche Lehren aus der Finanzkrise für das Gesamtsystem grundsätzlich zu ziehen sind. •

Panelisten

Dr. Dietmar Bartsch, MdB Stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktionen Die Linke
Prof. Dr. Matthias Zimmer Stellvertretender Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft
Matthias Deutschmann Kabarettist und Attac-Mitglied
Dr. Irina Kummert Präsidentin des Ethikverbandes der Deutschen Wirtschaft

Moderation

Mariam Lau Die Zeit

Ukraine und Transatlantik
Podien und Keynote
des Deutschen Forums Sicherheitspolitik

Dienstag, 7. Oktober 2014



Friedensordnung erneuern

Während Moskau im Osten Europas auf „hybride Kriegführung“ setzt (links russische Soldaten auf der Krim im März 2014), muss der Westen weiterhin auf internationaler Bühne mit Russland verhandeln können – etwa in der Frage der Nuklearrüstung des Iran, wie hier (rechts) die Außenminister Frank-Walter Steinmeier und John Kerry im Dezember 2014 in Wien.

MICHAEL ROTH:

Friedensordnung erneuern

In der Vielzahl der aktuellen Krisen kommt der Lage in und um die Ukraine zentrale Bedeutung zu. Selten gab es einen internationalen Konflikt, in den die Bundesregierung diplomatisch so intensiv involviert war.

Europäische und deutsche Außen- und Sicherheitspolitik stehen vor gewaltigen Bewährungsproben. Ich will mich hier sämtlicher Superlative enthalten. Aber fest steht: Wir haben es momentan mit einer Krisendynamik zu tun, die in ihrer Dichte und geographischen Ausbreitung eine neue Qualität besitzt.

Die aktuellen Krisenherde sind Ihnen bekannt: Die Ebola-Epidemie in Westafrika ist mit weit über 2.000 Toten nicht nur eine humanitäre Katastrophe. Die rasante Verbreitung des Virus bedroht mittlerweile auch Frieden und Sicherheit in der ganzen Region. Die in den vergangenen Jahren erreichten Fortschritte drohen auf einen Schlag zerstört zu werden.

Die Bürgerkriege im Irak und in Syrien und das brutale Vorgehen der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ bringen nicht nur unermessliches menschliches Leid mit sich. Die kriegsbedingte Verelendung der Menschen, die Zerrüttung der Gesellschaften, die Flüchtlingsströme und der Einsatz sogenannter „foreign fighters“ bergen Risiken einer langfristigen Radikalisierung – mit bedrohlichen Auswirkungen für die gesamte Region, aber auch bis tief in unsere Gesellschaften in Europa.

Vor allem aber steht die europäische Friedensordnung der letzten 25 Jahre durch das völkerrechtswidrige und durch nichts zu rechtfertigende Vorgehen Russlands in den vergangenen Monaten auf dem Spiel. Die Ukraine-Krise war mitnichten ein „Betriebsunfall“.



Sie ist eine Zäsur für unser Verhältnis zu Russland – und wir müssen in der EU und in der NATO gemeinsam Antworten auf diese veränderte Situation finden.

Die Zuspitzung der Krisen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft zeigt: Die Notwendigkeit, sich über sicherheitspolitische Themen auszutauschen, ist größer denn je! Allen Unkenrufen zum Trotz ist das Thema Sicherheitspolitik wieder in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Die Menschen spüren, dass die Sicherung von Frieden und Stabilität eine fortwährende Aufgabe ist. Sicherheitspolitik ist aktive Friedenspolitik! Und deswegen brauchen wir auch einen umfassenden sicherheitspolitischen Ansatz, der weit über militärische Maßnahmen hinausgeht. Deutschland und die Europäische Union engagieren sich daher in vielerlei Hinsicht – in erster Linie diplomatisch-politisch oder mit humanitärer, entwicklungspolitischer und wirtschaftlicher Unterstützung.

In der Vielzahl der aktuellen Krisen kommt der Ukraine-Krise ohne Zweifel eine zentrale Bedeutung zu. Selten hat es einen internationalen Konflikt gegeben, in dem die Bundesregierung so intensiv um eine diplomatische Lösung gerungen hat. Es kann nicht sein, dass fast 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa wieder Grenzen gewaltsam verschoben werden. Wir können nicht akzeptieren, dass Russland die europäische Friedensordnung massiv beschädigt, grundlegende Prinzipien des Völkerrechts in Frage stellt und Europa damit an den Rand einer neuen Spaltung führt. >

Wir haben deshalb die völkerrechtswidrige Annexion der Krim ebenso wie das russische Vorgehen in der Ost-Ukraine von Beginn an mit Nachdruck verurteilt. EU und NATO haben sofort und geschlossen reagiert. Nicht zuletzt das einige Vorgehen der EU – einschließlich der zunehmende wirtschaftliche Druck auf Russland durch die vereinbarten Sanktionen – hat dazu beigetragen, dass mit der in Minsk am 5. September vereinbarten Waffenruhe und der Waffenstillstandsvereinbarung vom 19. September die Eskalationsspirale im Ukraine-Konflikt zumindest zeitweise gestoppt werden konnte.

Die Gefahr einer erneuten Eskalation der Krise ist jedoch noch nicht gebannt. Jetzt geht es darum, dass wir mit Nachdruck weiter an einer politischen Lösung arbeiten. Viele praktische Fragen sind noch offen: der künftige Status des Donbas, der vollständige Abzug russischer Truppen und eine effektive Sicherung der russisch-ukrainischen Grenze unter Beobachtung der OSZE. Der OSZE wird im weiteren Prozess eine wichtige stabilisierende und deeskalierende Rolle zukommen, die wir nachdrücklich unterstützen.

Die Ukraine hat durch die Verabschiedung der Gesetzesvorhaben zum „Sonderstatus“ im Donbas und zur Amnestie gezeigt, dass sie zur Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen bereit ist. Jetzt erwarten wir, dass auch Russland als Mit-Unterzeichner der Minsker Vereinbarung endlich seinen Einfluss nutzt, diese vollständig umzusetzen. Dies betrifft insbesondere die Sicherung und Überwachung der ukrainisch-russischen Grenze.

Der Verlauf der Krise hat gezeigt, dass Russland nicht davor zurückschreckt, ein komplexes Instrumentarium bestehend aus militärischer Gewalt, verdeckten Operationen, Propaganda und Desinformation sowie der Instrumentalisierung russischer Minderheiten im Ausland einzusetzen. Das NATO-Stichwort hierfür lautet „hybride Kriegsführung“. Auf dieses russische Vorgehen müssen wir gemeinsame Antworten innerhalb der EU und der NATO finden – das wird sicher eine der größten sicherheitspolitischen Aufgaben der kommenden Monate sein. Viele gemeinsame Schritte haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten bereits auf den Weg gebracht.

Insbesondere bei unseren ost- und mitteleuropäischen Bündnispartnern ist die Verunsicherung groß. Ich kann die Sorgen der Polen und Balten um ihre eigene Sicherheit gut verstehen – gerade vor dem Hintergrund ihrer ganz eigenen Erfahrungen mit jahrzehntelanger russischer Fremdherrschaft und Unterdrückung. Entspre-

chend emotional haben diese Staaten im Vorfeld des NATO-Gipfels in Wales Anfang September für eine möglichst starke Präsenz des Bündnisses in ihren Ländern geworben. Sie haben eingefordert, dass sich die NATO wieder auf ihre Kernaufgabe der kollektiven Verteidigung zurückbesinnt.

Die NATO wird in den kommenden Monaten ihre Reaktions- und Einsatzbereitschaft deutlich erhöhen. Planerisch, logistisch und durch intensivierete Übungstätigkeit schaffen wir die Voraussetzungen für eine rasche Verlegung größerer Verbände für den Fall der Fälle. Wir hoffen alle, dass dieser Fall niemals eintreten wird, aber wir müssen darauf vorbereitet sein.

Die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung der Beschlüsse von Wales wird uns in den kommenden Monaten weiter beschäftigen. Deutschland wird einen substantiellen Beitrag leisten – sowohl bei den sogenannten „Rückversicherungsmaßnahmen“ als auch durch Beiträge zur neuen schnellen Eingreiftruppe.

Die Entwicklungen der vergangenen Monate haben gezeigt: Russland hat grundsätzliche Schwierigkeiten mit der Politik der EU und der NATO in seiner unmittelbaren Nachbarschaft. Und das trotz aller Angebote der Einbindung und Zusammenarbeit: Die Erwei-

Russland hat grundsätzliche Schwierigkeiten mit der Politik der EU und der NATO in seiner unmittelbaren Nachbarschaft. Und das trotz aller Angebote der Einbindung und Zusammenarbeit.

terung der G7 zur G8, die Etablierung des NATO-Russland-Rates und das langfristige Projekt einer Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok haben daran offensichtlich ebenso wenig etwas geändert wie das Ange-

bot einer engen EU-Russland-Kooperation. Bei aller notwendigen Selbstkritik: Vor diesem Hintergrund vermag ich substanzielle Fehler der EU nicht festzustellen.

Deshalb gilt: Je aktiver wir dem gestiegenen Schutzbedürfnis unserer Bündnispartner nachkommen, desto mehr müssen wir auch vertrauensbildende Signale in Richtung Russland senden. Denn trotz aller Differenzen werden wir Russland künftig nicht einfach ignorieren können. Russland wird unser Nachbar bleiben! Auch wenn >

die aktuelle Lage es erschwert: Wir haben ein großes Interesse daran, dass Russland nicht nur unser geographischer Nachbar ist, sondern dass wir mittelfristig auch wieder strategische Partner werden.

Die EU hat über viele Jahre den Abschluss eines neuen Partnerschaftsabkommens mit Russland vorangetrieben. Auch im Rahmen der Östlichen Partnerschaft, deren Inhalte über viele Jahre verhandelt wurden, standen und stehen Russland alle Türen offen. Das Projekt war niemals gegen Russland konstruiert! Wir können dafür sorgen, dass unsere Türen weiter offen stehen und Russland einladen. Klar ist aber auch: Den Schritt über die Türschwelle muss Russland letztlich selbst gehen.

Und auch in der Verteidigungspolitik brauchen wir vertrauensbildende Maßnahmen: Deshalb haben wir in Wales ganz bewusst die NATO-Russland-Grundakte nicht in Frage gestellt. Wir haben uns ausdrücklich dagegen entschieden, dauerhaft Kampftruppen im östlichen Bündnisgebiet zu stationieren.

Wie erhalten wir uns das notwendige Maß an Kooperation mit Russland? Wir können es uns nicht erlauben, dass der VN-Sicherheitsrat mittelfristig als Ort der Konfliktlösung ausfällt.

Stattdessen haben wir bekräftigt, dass in unseren Augen eine Partnerschaft mit Russland, die sich auf dem Respekt des Völkerrechts gründet, weiter von strategischem Wert ist.

Denn allen Beteiligten ist klar: Eine stabile europäische Sicherheitsordnung ohne oder gegen Russland ist kaum vorstellbar. Insofern werden wir unser Handeln in den kommenden Monaten an den folgenden Leitfragen ausrichten:

- Wie können wir dazu beitragen, eine neue Eskalationsspirale im Verhältnis zu Russland zu verhindern? Wird es uns gelingen, ungeachtet der derzeitigen Verhärtungen rüstungskontrollpolitische Regime zu retten beziehungsweise an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen? Niemand hat Interesse an einem neuen Wettrüsten zwischen Ost und West!

- Wie verhindern wir eine dauerhafte Auseinandersetzung um rote Linien in den Ländern, die Russland zu seinem Einflussbereich zählt, ohne unsere eigenen Prinzipien in Frage zu stellen – etwa die

demokratische Willensbildung und die freie Bündniswahl souveräner Staaten? Diese Frage wird uns weiter beschäftigen im Zusammenhang mit den Assoziierungsabkommen der EU mit Moldawien und Georgien.

- Wie erhalten wir uns in internationalen Fragen das notwendige Maß an Kooperation mit Russland? Auch wenn der Dialog schwieriger geworden ist: Bislang hat Russland davon abgesehen, die Zusammenarbeit bei Dossiers wie der Iran-Frage oder Afghanistan aufzukündigen. Ebenso können wir es uns gerade in diesen turbulenten Zeiten nicht erlauben, dass der VN-Sicherheitsrat mittelfristig als Ort der Konfliktlösung ausfällt.

Die Krisen dieser Welt sind näher an Europa herangerückt. Das bedeutet aber im Umkehrschluss auch: Die EU kann sich bei diesen Konflikten nicht einfach wegducken und raushalten. Die Union wird sich künftig noch stärker als bisher außen- und sicherheitspolitisch einbringen müssen – auch deshalb, weil sich die USA mit ihrem internationalen Engagement mehr und mehr zurücknehmen. Das kann nur gelingen, wenn sich die EU auch künftig nicht spalten lässt, nach außen mit einer Stimme spricht und geschlossen handelt. Deutschland kommt dabei eine wichtige ausgleichende Rolle zu.

Für die künftige Gestaltung der europäischen Sicherheit brauchen wir eine Europäische Union, die ihrer gewachsenen außen- und sicherheitspolitischen Verantwortung noch besser gerecht wird. Die Gelegenheit ist günstig dafür, dass die EU in ihrem Außenhandeln noch effektiver wird: Eine zentrale Aufgabe der neuen Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, wird es sein, die Politik der im Bereich des Außenhandelns tätigen Kommissare zu koordinieren. Die Ankündigung von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Mogherini diese Koordination im sogenannten „external affairs cluster“ zu überlassen, ist ein großer Fortschritt. Ihre Stellung als Vize-Präsidentin der Kommission wird auch zu einer effektiveren Umsetzung des umfassenden Ansatzes, also der optimalen Anwendung aller außenpolitischen Instrumente, führen.

Auch bei der europäischen Nachbarschaftspolitik stehen wir vor einem Neubeginn. Gemeinsam mit Polen und Frankreich hat sich Deutschland für eine grundlegende Reform der Nachbarschaftspolitik ausgesprochen. Es geht darum, unseren Instrumentenkasten – von der Sicherheitspolitik über Entwicklungshilfe und Handelsabkommen bis hin zur Zusammenarbeit in Fragen von Bildung, >

Migration und Rechtsstaatlichkeit – selbstkritisch zu überprüfen. Unsere Nachbarn sind sehr unterschiedlich, ein einseitiger Ansatz nach dem Motto „One size fits all“ ist also zum Scheitern verurteilt. Wir müssen unseren Ansatz daher noch stärker auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Länder abstimmen.

Trotz gestiegener Hoffnungen in die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU ist klar: Sie wird die außen- und sicherheitspolitischen Bewährungsproben der Gegenwart und Zukunft nicht alleine bewältigen können.

Die USA sind und bleiben dabei unser wichtigster Partner, trotz aller Auseinandersetzungen und Unterschiede der vergangenen Monate. Mit ihnen verbindet uns eine Beziehung, die mehr ist als eine punktuelle Interessengemeinschaft. Wir arbeiten in einer Vielzahl außen- und sicherheitspolitischer Schlüsselthemen eng und vertrauensvoll zusammen. Wir bilden mit den USA eine Wertegemeinschaft, die sich weltweit für die Einhaltung von Menschenrechten sowie mehr Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einsetzt.

Eine europäische Sicherheitsarchitektur, die nicht auch transatlantisch verankert ist, wird heutigen wie zukünftigen Krisen nicht standhalten. Gerade in Krisenzeiten wie diesen zeigt sich der Wert unserer Partnerschaft mit den USA. Der NATO-Gipfel in Wales Anfang September hat dies erneut eindrucksvoll unterstrichen. Manche bezeichnen den russischen Präsidenten Wladimir Putin ironisch sogar als „Erneuerer des Westens“, da wir uns gerade in der gemeinsamen Reaktion auf die Ukraine-Krise noch einmal der transatlantischen Wertegemeinschaft vergewissern konnten.

Gleichzeitig fordern die USA in der Sicherheitspolitik mehr Lastenteilung mit Europa. Wir Europäer werden uns nicht darauf verlassen können, dass die USA ihren Sicherheitsschirm auf alle Zeiten den europäischen Wohlstandsgesellschaften zur Verfügung stellen. Diese Debatte hat in Washington durch eigene schmerzhaftes Budgeteinschnitte und der Konzentration auf das „nation building at home“ eine völlig neue Dimension erfahren. Die Frage ist heute daher nicht mehr, ob Europa stärkere sicherheitspolitische Verantwortung übernimmt, sondern in welcher Art und Weise wir diese Aufgabe bilateral, aber vor allem auch in der EU, der OSZE und der NATO angehen.

„Die Welt ist aus den Fugen geraten“, so hat es unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier im September im Deutschen Bundestag formuliert, und ich glaube, er hat damit die Gefühle vieler unserer

Landsleute und auch vieler Europäer und Menschen weltweit auf den Punkt gebracht. Ich bin jedoch zugleich überzeugt: Deutschland ist im Verbund mit seinen Partnern in Europa und in der NATO gut aufgestellt, um dazu beizutragen, die großen außen- und sicherheitspolitischen Bewährungsproben unserer Zeit zu meistern und die Welt wieder „einzurenken“.

Es geht darum, unseren Instrumentenkasten – von der Sicherheitspolitik über Entwicklungshilfe und Handelsabkommen bis hin zur Zusammenarbeit in Fragen von Bildung, Migration und Rechtsstaatlichkeit – selbstkritisch zu überprüfen.

Autor

Michael Roth, MdB ist seit Dezember 2013 Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Aufsichtsratsvorsitzender des Zentrums Internationale Friedenseinsätze und seit 2014 Beauftragter der Bundesregierung für die deutsch-französische Zusammenarbeit. Er studierte von 1991 bis 1997 Politologie, Öffentliches Recht, Germanistik und Soziologie in Frankfurt am Main. Seit 1998 ist er Bundestagsabgeordneter. Von 2009 bis 2014 war er Generalsekretär der SPD Hessen und Sprecher seiner Landesgruppe im Bundestag. Bis 2013 war er Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.



Abschreckung 2.0

Der Russland-Ukraine-Konflikt hat längst über seinen regionalen Kontext hinaus internationale Folgen. Das militärische Gebahren Russlands erinnert bisweilen an das der Sowjetunion im Kalten Krieg. Hier begleitet ein britischer Kampffjet „Typhoon“ einen russischen Langstreckenbomber „Bear“ im September 2014 über der Nordsee, unweit des Luftraums der NATO.

Der gewaltsame Konflikt im Osten der Ukraine droht latent immer noch zum Flächenbrand zu werden. Mit Sanktionen haben EU und USA auf die aggressive Politik Moskaus reagiert, mit verteidigungspolitischen Maßnahmen die NATO. Das hilft für den Moment, aber erst langfristig wird sich erweisen, wie gut diese Mittel wirklich funktionieren.

Abschreckung 2.0

Ukraine, Osteuropa, Russland – sicherheitspolitische und finanzielle Risiken

Zwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges sind die Spannungen zwischen Ost und West auf einem neuen Höhepunkt angelangt. Spätestens seit der Annexion der Krim durch Russland im März 2014 ist der Russland-Ukraine-Konflikt zum Dauerthema in den Nachrichten geworden. Die Lage ist unübersichtlich und aus mehreren Gründen verwirrend. Allein der Begriff „Krise“ wirkt mittlerweile unpassend. Immer besser trifft „Krieg“ auf die Lage im umkämpften Osten der Ukraine zu. Und tatsächlich: Trotz der Anfang September 2014 verkündeten Waffenruhe gab es der UN zufolge bis zum Zeitpunkt des *Deutschen Forums Sicherheitspolitik* mehr als 330 Todesopfer. Mehr als das Zehnfache dessen – über 3.600 Menschen – mussten seit Beginn der Kampfhandlungen bis Anfang Oktober 2014 ihr Leben lassen.

Längst spielt sich dieser Konflikt nicht mehr nur zwischen der Ukraine und Russland ab. Er betrifft auch Deutschland und Europa – ja, das NATO-Bündnis als Ganzes. Die Beziehungen des Westens zu Russland sind auf eine harte Probe gestellt. Das gegenseitige Vertrauen ist stark beschädigt, ein friedlicher Dialog dadurch erschwert. Europas Herausforderung ist daher eine Sicherheitspolitik zu führen, die Russlands Bruch des Völkerrechts klar verurteilt, die Partner Polen und das Baltikum stützt, gleichzeitig aber deeskalierend wirkt. Es braucht politische Antworten auf die militärischen Provokationen Russlands. So wird sich erfolgreich gegen Moskau

nur eine gemeinsame Sicherheitspolitik der europäischen Länder im transatlantischen Verbund der NATO behaupten können.

Doch sind die Wirtschaftssanktionen gegen Russland, auf die sich EU und USA bislang einigen konnten, wirksam? Welche Folgen haben sie für die europäische und die deutsche Wirtschaft? Und welche anderen Maßnahmen müssen noch getroffen werden, um einer weiteren Eskalation des Konflikts entgegen zu wirken? Mit diesen drängenden Fragen beschäftigten sich die Teilnehmer der dritten Podiumsdiskussion des Deutschen Forums für Sicherheitspolitik 2014.

Für die Beantwortung dieser Fragen müsse man sich zunächst bewusst machen, dass die Hoffnung, „Freiheit und Sicherheit würden in Europa ganz selbstverständlich gelten“, durch das russische Verhalten zerstört wurde, so *Ralf Brauksiepe*, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung.

Auch *Jerzy Józef Margański*, Botschafter Polens in Deutschland, sah mit dem Russland-Ukraine-Konflikt eine Verschiebung der sicherheitspolitischen Schwerpunkte. Es habe sich gezeigt, dass die Zusammenarbeit mit Russland nicht länger die beste Sicherheitsgarantie für Europa sei: „Das Sicherheitssystem, das in den letzten zwanzig Jahren entstanden ist, war für den Frieden konzipiert, nicht für den Krieg.“ Doch alle fünf Diskutanten waren sich ausnahmslos einig: Eine militärische Lösung der Krise gibt es nicht.

„Wir brauchen Entschlossenheit und Geschlossenheit“, erklärte Brauksiepe. So traten im März 2014 erste Sanktionen gegen russische Staatsbürger und Ende Juli auch erste Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland in Kraft. Sie scheinen der einzige Weg, friedlich, also ohne den Einsatz von Militär, gegen die Politik Russlands vorzugehen. Dennoch sind sie auch kritisch zu betrachten.

„Wirtschaftssanktionen sind immer das Eingeständnis der Politik, am Ende ihrer Mittel zu sein“, befand *Rainer Lindner*, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft in Berlin. Als unscharfes Schwert bezeichnete sie gar *Marie-Luise Beck*, Sprecherin für Osteuropapolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie trafen in erster Linie die Bevölkerung. Sie führten zu Milch- und Fleischknappheit in den Städten. Der Kreml wisse das für seine Propaganda zu instrumentalisieren. Am Ende sei der Westen schuld.

Ob jene Folgen der Sanktionen aber auch immer politisch gewollt sind, ist eine andere Frage. Staatssekretär Brauksiepe zufolge brau- >

che es hier eben einen langen Atem. Mit den Wirtschaftssanktionen soll Russland geschwächt und der Kreml zu einem Umlenken und zu konstruktiver Zusammenarbeit gezwungen werden. Rainer Lindner glaubte jedoch nicht, dass das geschehen werde: „Die Wirtschaftssanktionen bewirken ein noch engeres Zusammenrücken der russischen Gesellschaft“. Sie lenkten von den Strukturdefiziten der Wirtschaft ab und würden helfen, der EU und den USA die Schuld für die eigentlich hausgemachte Krise zu geben. Ob das allerdings dazu führen würde, dass Strukturreformen ausblieben und sich die Modernisierung Russlands verlangsame, dazu hatten die Diskutanten sehr unterschiedliche Meinungen.

Die Sanktionen werden zudem nicht nur auf Kosten Russlands und dessen Bevölkerung gehen. Die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit, die vorher Garant für ein friedliches Miteinander gewesen zu sein schien, ist zum Nachteil geworden. Auch in Deutschland werden die Auswirkungen zu spüren sein, wenn auch nur punktuell. Diesen Preis sollte Europa aber zu zahlen bereit sein, so Botschafter Margański.

Dass infolge einer wirtschaftlichen Auseinandersetzung mit Russland bis zu 50.000 Arbeitsplätze in Deutschland wegfallen könnten, hielt Ökonom Lindner für nicht unrealistisch. Das könne man als politische Kosten betrachten, müsse man dann aber auch so benennen. Problematisch werde es, wenn genau

„Das Sicherheitssystem, das in den letzten zwanzig Jahren entstanden ist, war für den Frieden konzipiert, nicht für den Krieg.“

diese Defizite als ein Plus im amerikanisch-russischen Handel zu Buche schlagen würden. Die Amerikaner hätten es geschafft, Sanktionen zu verhängen, die ihre eigene Wirtschaft nicht betrafen. Deutschland hingegen sei in besonderem Maße betroffen.

Doch welche anderen Maßnahmen können Deutschland, Europa und die NATO ergreifen? Was können sie tun, um eine weitere Eskalation des Konflikts zu verhindern und die Ukraine zu stärken?

Auf dem NATO-Gipfel in Wales Anfang September haben die Staats- und Regierungschefs der Bündnisstaaten bereits einer neuen Eingreiftruppe zugestimmt. Die „Very High Readiness Joint Task

Force“ soll innerhalb weniger Tage kampfbereit sein und nicht erst binnen Wochen oder Monaten wie bisher die bestehende „NATO Response Force“. Dieser Beschluss war ein starkes Signal an Polen und die baltischen Staaten.

Mit diesen Maßnahmen sollen die östlichen Mitgliedsstaaten, die sich von der Aggression Russlands in der Ukraine bedroht wähen, >

„Readiness Action Plan“ und „Very High Readiness Joint Task Force“ der NATO

Mit den Entscheidungen auf ihrem Gipfel in Wales im September 2014 zum „Readiness Action Plan“ (RAP) – dem Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe, die Verstärkung der militärischen Aktivitäten auf See und in der Luft, die vorgeschobene Einlagerung von militärischem Gerät, die Aufwertung von Hauptquartieren, die Erhöhung der Übungstätigkeit – ist die NATO zu klassischen Instrumenten der Abschreckung gegenüber Russland zurückgekehrt. Allerdings steht der gesamte RAP noch unter Vorbehalt dessen, was die Bündnismitglieder künftig leisten können und wollen.

Politisch einig sind sich die Partner aber grundsätzlich über den Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe in Brigadegröße mit einigen tausend Soldaten, der „Very High Readiness Joint Task Force“ (VJTF). Sie soll deutlich flexibler sein als die bestehende „NATO Response Force“ (NRF) mit bis zu 25.000 Soldaten. Offizielle NATO-Stellen schätzen, dass die Allianz an ihren Ostgrenzen eine militärische Reaktionsfähigkeit von zwei Tagen benötige, um mit dem von Moskau im Russland-Ukraine-Konflikt gezeigten raschen Truppenaufmarsch fertig werden zu können. Die NRF hat bislang eine Reaktionszeit von 30 Tagen. Der erforderliche schnelle Aufwuchs und vor allem die nötige militärische Effizienz der VJTF legen daher nahe, dass sie nicht von vielen und nicht vornehmlich von den „kleineren“ Bündnismitgliedern bestückt werden sollte. Stattdessen werden sich große NATO-Staaten die Aufgabe teilen müssen, was für diese Länder mit erheblichen Kosten verbunden sein wird.

Neben vermehrten Patrouillenflügen, verstärkten Marineaktivitäten und erhöhten Manöverzahlen ist aus Sicht der Osteuropäer gerade die Einlagerung von militärischem Gerät von großer Bedeutung. Ein solches „Prepositioning“ verkürzt nicht nur die militärische Reaktionszeit des Bündnisses, sondern es ist auch politisch bedeutsam: Es könnte nicht so rasch einer jeweiligen politischen Stimmungslage entsprechend reduziert werden. Das Abschreckungssignal wäre von längerer Dauer.

Ein wichtiges deklaratorisches und vergleichsweise kostengünstiges Mittel der Abschreckung und Rückversicherung ist die Erarbeitung neuer Verteidigungspläne für die Bündnisverteidigung. Dabei geht es nicht allein um konventionelle militärische Angriffe gegen das Bündnisgebiet, sondern auch um die sogenannte „hybrid warfare“ – Aggression aus örtlichen Aufruhrsituationen heraus, wobei der Aufruhr selbst vom Angreifer angefacht wurde, mit Aktionen verdeckter Kämpfer, Agenten oder Soldaten ohne Hoheitsabzeichen.

sich rückversichert fühlen. Gleichzeitig wurde gegenüber Moskau Geschlossenheit und Stärke demonstriert: Sobald Russland militärische Aktivitäten in einem der östlichen NATO-Länder beginnt, muss es nun mit einer Reaktion von alliierten Truppen rechnen.

Fritz Felgentreu, Sozialdemokrat und Mitglied im Verteidigungsausschuss, betonte denn auch, dass eine glaubwürdige Abschreckung oberstes Ziel der NATO sein müsse. Denn mindestens die beiden Bündnisländer Estland und Lettland, mit ihren starken russischen Minderheiten, müssten die Situation in der Ukraine auch als direktes Bedrohungsszenario für sich verstehen. Darüber hinaus müsse man sich aber auch bewusst machen, dass nicht nur die Ukraine, sondern auch Moldau und Georgien – wo Russland in den nach Unabhängigkeit strebenden Landesteilen Transnistrien, Abchasien und Südossetien bereits über Truppenpräsenz verfügt – unmittelbar angegriffen werden könnten. Diese Länder seien zwar keine vertraglichen Verbündeten von NATO und EU, Entwicklungen dort berührten aber unsere sicherheitspolitischen Interessen.

In ihrer Rede zum Festakt zum Tag der Deutschen Einheit hatte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel betont, dass der Ukraine, Moldau und Georgien die freie Selbstbestimmung, die uns in West- und Zentraleuropa zu Teil geworden sei, nicht vorenthalten werden dürfe. Hier müsse über die Grenzen der EU hinweg gedacht werden. Jene Länder teilten mit Deutschland schließlich die westlichen Werte. Und die Sanktionen seien da eine klare gemeinsame Antwort der 28 EU-Mitgliedsstaaten auf das Verhalten Russlands. Aber diese Maßnahmen „sind kein Selbstzweck; und sie stehen schon gar nicht im Widerspruch dazu, alle Gesprächskanäle immer offenzuhalten“. Ein Punkt, der auch unter den Diskutanten Unterstützung fand. „Die Begegnungspolitik sollte in Zeiten des Krieges nicht an Wert einbüßen“, sagte etwa Fritz Felgentreu. Ohne dass sich die Spitzenpolitiker beider Seiten begegneten, würde eine Deeskalation nicht funktionieren.

Für die westliche Seite trifft das schon einmal zu: Seit Beginn des Russland-Ukraine-Konflikts arbeiten die Vertreter der USA und Europas intensiv zusammen; beim Verhängen von Sanktionen gegenüber Russland koordinieren Washington und Brüssel ihr Vorgehen. Wobei einige Stimmen diese Nähe zu den USA gerade auch vor dem Hintergrund der NSA-Affäre durchaus skeptisch betrachten: Immer mal wieder wird die Forderung nach „Äquidistanz“ laut, also danach, einen ähnlich großen Abstand der EU zu sowohl den USA als auch Russland.

Der polnische Botschafter Margański allerdings empfinde eine solche Äquidistanz als unangebracht. Auch Staatssekretär Brauksiepe betonte, es seien ganz verschiedene Dimensionen, wenn einerseits ein Mobiltelefon abgehört werde und andererseits gewaltsam Grenzen verschoben würden, wobei auch noch Menschen zu Tode kämen. Mit Amerika teile man immerhin gemeinsame Werte, was das Verhältnis ganz überwiegend präge, so Brauksiepe. Dafür brauche es aber auch einen starken Grundkonsens in der Bevölkerung. Der allerdings müsse hart erarbeitet werden – wie auch die Abhöraffaire zeigt.

Der Wiederaufbau einer Ukraine ohne den Donbas würde für die EU und Deutschland sehr teuer werden.

Ob mit oder ohne die USA, für Europa wird es selbst nach Beendigung des Konflikts jede Menge zu tun geben. Größte Priorität:

dabei zu helfen, dass die Ukraine sowohl politisch als auch wirtschaftlich wieder auf die Beine kommt. Gerade wirtschaftlich steht das Land mit dem Konflikt um den Donbas vor ganz existentiellen Problemen. Man müsse sich vorstellen, ein Deutschland ohne das Ruhrgebiet aufbauen zu müssen, verglich Rainer Lindner die Lage. Eine ähnliche Situation könnte einer zum reinen Agrarstaat reduzierten Ukraine womöglich bevorstehen. „Daher müssen wir uns vergegenwärtigen, wie teuer diese Unterstützungsleistung – für die ich im Übrigen sehr bin – für uns als Europäische Union und Deutschland sein wird“, so Lindner. Insofern müsse alles getan werden, damit ihre östlichen Provinzen der Ukraine nicht verloren gingen. •

Panelisten

Dr. Ralf Brauksiepe, MdB Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung

S.E. Dr. Jerzy Józef Margański Botschafter der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland

Prof. Dr. Rainer Lindner Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

Marieluise Beck, MdB Sprecherin für Osteuropapolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Fritz Felgentreu, MdB Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestags

Moderation

Dr. Patrick Keller Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik bei der Konrad-Adenauer-Stiftung



Bis weißer Rauch aufsteigt

Wie erfolgreich EU und NATO auch miteinander kooperieren – die Entscheidungsträger für eine wahrhaft globalisierte Weltpolitik sind noch größere Gremien. Die transatlantische Partnerschaft wird immer wenigstens Russland und China berücksichtigen müssen. Hier eine Sitzung des VN-Sicherheitsrats 2009 unter der Leitung von US-Präsident Barack Obama

Während die Krisen in der Welt sich häufen, stellen sich essenzielle Fragen für die Sicherheitspolitik inner- und außerhalb Europas. Für die Europäische Union allein und zusammen mit den USA ist Kooperation dabei keine Frage mehr des Ob, sondern des Wie. Doch obwohl für überwinden gehalten, zeichnen sich wieder Trennungslinien in Europa ab. Ob Russland wieder in eine friedliche, stabile Weltordnung eingebunden werden kann, ist im Moment vollkommen offen.

Bis weißer Rauch aufsteigt

Die Krise als Chance für europäische Integration und transatlantische Bündnisfähigkeit

Der Kampf gegen die Miliz des sogenannten „Islamischen Staats“ im Irak und Syrien, die längst überwunden geglaubten Geister des Kalten Krieges im Russland-Ukraine-Konflikt, die Auswirkungen der Finanzkrise und eine Ebola-Epidemie, die sich in Afrika ausbreitet – die Gleichzeitigkeit von Krisen ist für den CDU-Bundestagsabgeordneten *Roderich Kiesewetter* ein „Paradigmenwechsel“. Denn längst seien weder politisches Krisenmanagement noch Medien fähig, sich um alle Problemlagen und Brandherde gleichzeitig zu kümmern. Der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, *Gregor Gysi*, erkennt sogar eine gewisse Hilflosigkeit nicht nur in der deutschen Außenpolitik – denn die klare Ordnung des Kalten Krieges existiert seit Langem nicht mehr.

Doch zunächst ein Fokus auf die Europäische Union und ihre Mitglieder: Bereits im Mai 2012 hat Kiesewetter zusammen mit seinem

Abgeordneten-Kollegen *Andreas Schockenhoff* ein Positionspapier veröffentlicht, das den „politischen Willen zu mehr europäischer Gemeinsamkeit“ fordert. Nur eine engere Zusammenarbeit könne sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit gewährleisten, denn schon „heute ist kein EU-Staat finanziell mehr in der Lage, das gesamte militärische und zivile Fähigkeitsspektrum alleine vorzuhalten“. Auch die USA müssten fest eingebunden werden. Als das Papier erschien, zeichnete sich die Gleichzeitigkeit vieler unterschiedlicher Krisen noch nicht in dieser Form ab, so Kiesewetter. Die Grundprämisse bleibt jedoch die gleiche: Mehr Europa ist nötig.

Kiesewetter schlägt vor, dass Deutschland mit seinen europäischen Partnern gemeinsam strategische Prioritäten festlegen muss. Diese sollten einem „Fünf-Klang“ folgen. Zunächst müsse sich Deutschland über seine Interessen im europäischen Kontext klar werden, aus denen dann Aufgaben folgen wie beispielsweise Schutzverantwortung oder die Steuerung von Flüchtlingsströmen. In einem dritten Schritt sollten laut Kiesewetter die für die Aufgaben nötigen Instrumente festgelegt werden, bevor sich die Beteiligten dann entscheiden, in welchen Regionen sie aktiv werden. Der wichtigste Punkt sei jedoch das Erklären. So kritisiert der CDU-Politiker, dass die Bundesregierung ihre Enthaltung bei der Libyen-Resolution des VN-Sicherheitsrats 1973 im März 2011 nicht deutlich genug erklärt habe. Bessere Planung und bessere Kommunikation seien also die nötigen Schritte.

Mehr Erklärung ist auch für alles nötig, was die Europäische Union und ihre Politik betrifft. *Gregor Gysi* warnt vor rechtspopulistischen Kräften in europäischen Staaten wie Frankreich oder Österreich, aber auch in Deutschland, die sich gegen weitere Reformen und mehr Gemeinschaft wehren: „Europa funktioniert nur, wenn wir bestimmte Bereiche europäisch organisieren.“ Dabei müsse die EU aber weiterhin demokratisch für den einzelnen Bürger bleiben – doch auch die nationalen und regionalen Politiker müssen sich ändern. Das wird jedoch schwer, wenn sich die europakritischen Parteien genau an den Fehlern der aktuellen Union abarbeiten – Bürokratie und Überregulierung, mangelnde Transparenz und Uneinigkeit sowie die geschürte Angst vor einer Schuldenunion.

Damit die EU nicht weiter an Vertrauen und somit an Rückhalt verliert, sollten sich *Gysi* zufolge politische Entscheidungsträger etwa nicht immer nur dann auf Europa berufen, wenn sie Fehlleistung zu verbuchen hätten. Was auch für die gegenteilige Richtung gelte: Setzen sie etwas Positives erfolgreich aufgrund EU-Vorgaben um, >

würden sie deren Bedeutung oft unter den Teppich kehren, und es als eigene Leistung darstellen. Ein schon bekanntes Phänomen: Was gut ist, dient der eigenen Profilierung, was schlecht ist, werde auf die EU abgeschoben, auch wenn es die eigene Regierung abgenickt oder sogar in den europäischen Entscheidungsprozess eingebracht habe.

Europa müsse demokratischer und transparenter werden, forderte der Linken-Spitzenpolitiker. Außerdem müsse jeder Einzelne merken, dass seine Stimme noch Bedeutung habe. Aber immer wenn der Bund Kompetenzen an die EU abgeben würde, nehme er sich neue Kompetenzen von den Bundesländern, die sich wiederum bei den Kommunen bedienen. Und während die Kommunen verarmten, konnten Banken mit Milliarden gerettet werden. Das sei, so Gysi, nur schwer zu vermitteln.

Die beiden Bundestagsabgeordneten haben mehrere Vorschläge, wie die Handlungsfähigkeit, aber auch der Zusammenhalt der EU gestärkt werden kann. Bildungspolitisch schlägt Gysi vor, dass alle Unionsmitglieder die gleiche Fremdsprache ab der ersten Schulklasse unterrichten, um somit die Verständigungsmöglichkeit untereinander weiter ausbauen zu können. Kiesewetter empfiehlt die Gründung einer „Zentrale für Sicherheitsfragen“ in Brüssel, denn

Wenn vor 2014 der Ruf nach „mehr Europa“ noch aus einem Positionspapier von vielen stammte, ist die Forderung seit diesem Krisenjahr zu einem absoluten Muss geworden.

innere und äußere Sicherheit ließen sich nicht mehr voneinander trennen. Das einzige Problem: Die EU-Partner müssten weitere Kompetenzen abgeben. Und genau das wollen Europaskeptiker

nicht. Keiner der beiden forderte allerdings eine europäische Armee – ihre Gründung ist bereits in den 1950er Jahren an der französischen Nationalversammlung gescheitert.

Die Frage nationaler Kompetenzen betrifft auch die Reform des Weltsicherheitsrats. Um in diesem Gremium der EU eine stärkere Stimme zu verschaffen, müssten Großbritannien und Frankreich zurückstecken. Da dies unwahrscheinlich sei, müsse Europa seinen politischen, „nicht-nuklearen Werkzeugkasten weiter ausbauen“, folgert Kiesewetter. Er fordert eine stärkere Koordination der Aufklärungsmittel, also auch der nachrichtendienstlichen Erkenntnis-

se der einzelnen Staaten, eine Reform der politischen Institutionen zu einem Zweikammersystem und Freihandelsabkommen wie das umstrittene TTIP, damit Europa sich der globalen Konkurrenz nicht alleine stellen müsse. Anders ausgedrückt: Die EU muss geschlossener agieren.

Gregor Gysi will bei den Veränderungen noch einen Schritt weiter gehen: „Wir müssen die Themen globaler angehen.“ Dabei müssten sich alle Mitglieder der Weltgemeinschaft zu strategischen Diskussionen treffen, in denen jeder mögliche Gedankengang einmal durchgespielt wird. Nur so könnten neue Lösungen gefunden werden. Was ihn am meisten störe: Bisher gingen alle Länder viel zu wenig präventiv vor. „Seit wann wissen wir vom ‚IS‘? Wir reagieren erst, wenn es einen Mord gibt und dann ist Militär die einzige Antwort.“ Wir müssten solchen Situationen in der Zukunft vorbeugend entgegenreten: „Was machen wir, um Staaten wie Libyen, Irak und Somalia wiederaufzubauen?“

Einig sind sich Kiesewetter und Gysi, dass dies auch für die Flüchtlingspolitik gilt. So fragt der CDU-Mann, was die kulturelle Vielfalt Europas wert sei, wenn Menschen vor der Küste ertränken und sich die Länder die Schuld dafür nur gegenseitig in die Schuhe schoben. Die Bevölkerungen in Asien und Afrika wachsen kontinuierlich und jedes Jahr sterben Millionen von Menschen an Hunger. „Wir müssen Afrika so entwickeln, dass Armut und Wachstum der Bevölkerung zurückgeht“, erläutert Gysi, „im Mittelalter hatten wir in Deutschland auch sieben bis zwölf Kinder, in der Hoffnung, dass einer alle ‚rausreißt.“ Zwar müssten die Fluchtursachen bekämpft werden, doch zeigt Gysi auch Unverständnis dafür, dass manche EU-Länder gar keine Flüchtlinge aufnehmen.

Spätestens nun wurde deutlich, dass nicht nur die EU alleine erweiterte Sicherheitspolitik betreiben kann. Welche Rolle Europa und Deutschland in Zusammenarbeit mit den USA spielen sollen, erklärte *James D. Melville*, Gesandter der amerikanischen Botschaft in Berlin. Seiner Ansicht nach spiele die Bundesrepublik eine zentrale Rolle als Mitglied der Europäischen Union: „Gerade durch die EU ist Deutschland eine sehr starke Nation mit enormen Möglichkeiten, um etwas Gutes in der Welt zu tun.“ Es liege aber an den deutschen Entscheidungsträgern festzulegen, wofür die vorhandenen Ressourcen eingesetzt werden sollten. Was alle Verbündeten der USA motiviere, sei es, die Welt zu einem besseren, sichereren und reicheren Ort zu machen. „Das ist nur gemeinsam möglich“, so Melville. In den vergangenen Jahrzehnten habe der Westen Werkzeuge entwi- >

ckelt, um erfolgreich zusammenzuarbeiten. Dabei werde die NATO oft „nur“ als ein erfolgreiches militärisches Bündnis bezeichnet, betonte der US-Diplomat, „aber sie ist mehr: Sie ist ein Zusammenschluss von ähnlich denkenden Demokratien zum umfassenden Schutz ihrer Bürger.“

Vorwürfen, die USA wollten anderen Ländern ihr Staats- und Gesellschaftsmodell aufzwingen, entgegnete Melville, dass dies nicht der Fall sei, nicht einmal zu Zeiten des Kalten Krieges. Demokratie bedeute vielmehr, dass jedes Land die Möglichkeit habe, über sein eigenes Schicksal zu entscheiden. „Die USA haben keine Macht, diese Entscheidung aufzuzwingen“, betonte er. Der Mittlere und Nahe Osten müsse die Freiheit haben, seinen eigenen Weg festzulegen. Gerade die Dschihadisten des „Islamischen Staats“ schränkten jedoch diese Entscheidungsfreiheit ein, genauso wie sie weder Menschenrechte noch Meinungsfreiheit achteten. „Sie sind eine Bedrohung der Weltordnung“, erklärte Melville.

Ein Problem für die Kooperation mit den USA ist allerdings, dass die NSA-Abhöraffaire das Vertrauen der Deutschen in den langjährigen Freund erschüttert hat. Kiesewetter betonte jedoch, dass Amerika aus historischen Gründen ein natürlicher Partner für Europa bliebe: Beide teilen gleiche Werte und eine gleiche Rechtsgeschichte. Die Amerikaner hätten allerdings „nach 9/11 und unter Präsident Bush junior eine Paranoia entwickelt“, so der CDU-Politiker. „Heute brauchen wir ein sichtbares Zeichen des Vertrauens für die deutsche Bevölkerung.“

Der Kritik seien sich die USA durchaus bewusst, und es sei ihnen wichtig, dass sie das Vertrauen wieder herstellten, betonte Melville: „Wir arbeiten hart daran.“ Allerdings müsse man auch verstehen, wie sehr die Anschläge des 11. September 2001 Amerika geprägt hätten. Die Nachrichtendienste mussten erklären, wie so etwas geschehen konnte, und dafür sorgen, dass es nie mehr wieder geschehen könne. Die USA hätten nach ihren Gesetzen gehandelt, erläuterte der Gesandte. Es sei darum gegangen, die Bevölkerung zu schützen.

Um den Schutz ihrer Bevölkerung geht es auch den europäischen Ländern im Russland-Ukraine-Konflikt. Dabei ist nicht direkt der militärische Schutz gemeint, sondern auch die garantierte Energieversorgung. Melville weist darauf hin, dass die USA nicht auf Russland als Energielieferant angewiesen sind, die EU dagegen schon. Russland wiederum ist Kiesewetter zufolge aber nicht nur diesbezüglich für Europa wichtig, sondern auch, wenn es um den Kampf

gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ geht. Doch Einigkeit im Weltsicherheitsrat ist zurzeit nicht absehbar, denn wie Gysi betont, wolle Russland weiterhin mit Syriens Machthaber Baschar al-Assad kooperieren, was die USA entschieden ablehnen. Stattdessen agierten die Amerikaner in Nahost wieder ohne ein völkerrechtliches Mandat – auch wenn sie eine Koalition hinter sich haben.

Die NATO ist mehr als ein erfolgreiches militärisches Bündnis. „Sie ist ein Zusammenschluss von ähnlich denkenden Demokratien zum umfassenden Schutz ihrer Bürger.“

Im Fall Syrien und in anderen Situationen seien Kommunikationsprobleme und festgefahrene Einstellungen häufig Ursache oder zumindest entscheidend für bestehende Konflikte. Für Gysi trifft das ganz besonders auf die aktuelle Krise in Osteuropa zu: „Russlands Präsident Putin hat der Ukraine erklärt, ‚entweder ihr seid mit uns oder der EU‘“, erläuterte der Linken-Fraktionsvorsitzende, „und Kommissionspräsident Barroso hat die Gegenposition vertreten: ‚entweder mit uns oder Russland‘.“ Somit sei die Lage der Ukraine von Anfang an festgefahren gewesen. Es sei dagegen Zeit, dass alle Seiten umdenken.

Die Mitgliedsstaaten der EU seien „politisch, ökonomisch, zivilgesellschaftlich so verflochten, dass kein Krieg mehr möglich ist“. Somit sei unter ihnen jede militärische Auseinandersetzung „vollkommen irrational“ geworden. Eine solche Beziehung sei auch mit der Russischen Föderation anzustreben, so dass ein Krieg „rational unmöglich wird“. Dann sei es auch möglich, Einfluss auf Russlands innere Politik zu nehmen – wie etwa, so spielte Gysi an, unter anderem auch in Bezug auf das Gesetz über sogenannte „homosexuelle Propaganda“.

Letzten Endes habe der Westen, befindet Gysi, den „Fehler“ begangen, nach dem Sieg im Kalten Krieg „weiter zu gewinnen“. Denn die vorherrschende politische Ordnung dieser Zeit sei zwar verschwunden, aber es habe keine wirklich neue friedensschaffende Ordnung gegeben. „Es gibt eine globalisierte Wirtschaft, aber keine globalisierte Weltpolitik“, kritisierte er. Dadurch seien Banken letztendlich mächtiger als die Politik. Deutschland müsse sich auch bewusst sein, dass es zusammen mit Frankreich und Großbritannien nur in der zweiten Reihe stehe. Die wahren Entscheidungsträger >

seien, immer noch, in Moskau, Peking und Washington zu finden. Diese müssten laut Gysi gemeinsam eine neue friedensstiftende Ordnung finden: „Wenn man mir die Möglichkeit gäbe, würde ich China, Russland und die USA solange in ein Zimmer einsperren, bis weißer Rauch aufsteigt.“ •

Panelisten

Dr. Gregor Gysi, MdB Vorsitzender der Bundestagsfraktion Die Linke
Roderich Kiesewetter, MdB Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im
Auswärtigen Ausschuss
James D. Melville Jr. Gesandter der Vereinigten Staaten von Amerika
in Deutschland

Moderation

Brigadegeneral d.D. Armin Staigis Vizepräsident der Bundesakademie für
Sicherheitspolitik

Strategische Überlegungen sind gefragt
Schlusswort zum
Deutschen Forum Sicherheitspolitik 2014

WALTER KOLBOW:

Strategische Überlegungen sind gefragt

Eine sicherheitspolitische Debatte, offen kommuniziert, hilft uns bei der eigenen Positionierung – sowohl in partnerschaftlichen Kooperationen wie auch im diplomatischen Dialog.

Am Ende des nun vorliegenden Konferenzbandes zum zweiten *Deutschen Forum Sicherheitspolitik* möchte ich die Gelegenheit nutzen, um einige grundlegende Gedanken weiterzuführen, die in den Diskussionen während des Forums gestreift wurden. Mich persönlich beschäftigt immer wieder die Frage: Kommunizieren wir *richtig*? Was dann zu der weiterführenden Frage führt: Kommunizieren wir *das Richtige*? All die wahren und richtigen Argumente, die in den zwei Tagen dieser erfolgreichen Veranstaltung ausgetauscht wurden, dürfen nicht nur zum Allgemeingut der „politischen Klasse“ zählen, sondern müssen den Menschen in unserem Land gegenüber kommuniziert, ja, erklärt werden.

Dies ist auch ein Anspruch dieses Forums, und dazu trägt es zweifelsfrei in besonderem Maße bei. Der Austausch und die Kommunikation über elektronische Medien, durch die weltweit ein breites Publikum erreicht werden konnte, sprechen hierbei für sich.

Natürlich stand auch dieses Forum – wie kann es gegenwärtig anders sein – unter dem Eindruck des Konflikts in Osteuropa. Wir sehen aktuell recht fassungslos auf die Geschehnisse im Osten unseres Kontinents. Im Zusammenhang mit möglichen Lösungen des Konflikts wurde während der letzten zwei Tage ein Defizit offenbar: Ich nenne es die „institutionelle Organisationslücke“. Neben den nationalen Parlamenten und Zivilgesellschaften muss die supranationale Europäische Union die Suche nach einer Lösung stärker an sich ziehen und mit Russland in einen Deeskalationsdialog eintreten.



Es tritt allerdings auch deutlich hervor, dass die Union im Jahr 2014 ein Jahr der Selbstvergewisserung durchgemacht hat. Trotz politischer und geografischer Differenzen gelang es, gegenüber Moskau eine gemeinsame Haltung zu entwickeln sowie Einigkeit und Einheit nach innen wie nach außen zu demonstrieren. Das ist eine

Abseits aller Sanktionen ist die Einigkeit der EU in den Politikfeldern vonnöten, in denen Russland stark ist: Energie und Verteidigung.

Menge, aber es ist ausbaufähig. Die ins Werk gesetzten Wirtschafts-sanktionen gegen Russland sind ein geeignetes Instrumentarium, ersetzen aber keine lang-

fristige, strategisch ausgerichtete Politik. Abseits aller Sanktionen ist die Einigkeit der EU in den Politikfeldern vonnöten, in denen Russland stark ist: Energie und Verteidigung.

Wir erschrecken oftmals in der Diskussion, die diese Themen berührt. Zu recht. Vor allem immer dann, wenn es um die Konsequenzen geht, die militärisches Handeln gewöhnlich nach sich ziehen. Wir müssen aber, auch um der Abschreckung willen, über militärisches Handeln diskutieren und vor allem: debattieren. Die argumentative Beschreibung von Optionen hilft uns bei der Positionierung. Militärisches Handeln mitzudenken heißt ja mitnichten, diplomatische Lösungen auszuschließen. Ganz im Gegenteil. >

Wir benötigen in den gegenwärtigen Krisen noch mehr Diplomatie und Kooperation. Dieses gebündelt in der Organisationskraft von Formaten, wie zum Beispiel dem während der Gedenkfeiern vom 6. Juni 2014 in Frankreich gegründeten, sogenannten „Normandie-Format“. Wir benötigen abseits dessen einen echten Krisen-Kontaktmechanismus, der Russland einbezieht und auf Augenhöhe zu gemeinsamer Krisen- und Konfliktbewältigung einlädt. Ein ähnliches Format existierte 1998/1999 als die Befriedung des Balkans Gespräche und Verhandlungen notwendig machte.

Auch heute ist beherztes und kreatives Handeln vonnöten, um den Herausforderungen zu begegnen, auf die wir mitnichten gewartet haben. In diesem Sinne wünsche ich mir einen Ruck, der durch die sicherheitspolitische Landschaft geht.

Wir benötigen einen echten Krisen-Kontaktmechanismus, der Russland einbezieht und auf Augenhöhe zu gemeinsamer Krisen- und Konfliktbewältigung einlädt.

Es sind jetzt strategische Überlegungen gefragt, die sinnvoll und vor allem zielführend

und praktikabel sind. Kooperation und Dialog sind die zwei Seiten derselben Medaille. Darum geht es jetzt. Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet und wird die Strategiedebatte fortführen. •

Autor

Parlamentarischer Staatssekretär a.D. Walter Kolbow ist seit 2008 Sprecher des Beirats der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Er war von 1998 bis 2005 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung. Der studierte Jurist war von 1980 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags für die SPD Bayern. Von 1994 bis 1998 war er verteidigungspolitischer Sprecher seiner Fraktion, von 2005 bis 2009 ihr stellvertretender Vorsitzender für Außenpolitik, Entwicklungspolitik, Verteidigung und Menschenrechte.

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik

ist die zentrale ressortübergreifende Weiterbildungsstätte des Bundes auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik und ein Ort des strategischen Denkens. Sie führt ihren Auftrag für die Bundesregierung nach grundsätzlichen Weisungen ihres Kuratoriums, gebildet vom Bundessicherheitsrat unter Vorsitz der Bundeskanzlerin, durch. Aufgabe der Bundesakademie ist es, durch gemeinsame Weiterbildung gegenwärtiger und zukünftiger Führungskräfte aus Bundes- und Länderministerien sowie aus dem sicherheitspolitisch relevanten Umfeld ein umfassendes, über die Ressortgrenzen hinaus reichendes Verständnis der langfristigen sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands zu fördern. Ihr Auftrag ist es außerdem, den sicherheitspolitischen Diskurs stärker in die breite Öffentlichkeit zu tragen.

Das Bundesministerium der Finanzen

Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Bundes langfristig zu sichern, ist Kernaufgabe des Bundesfinanzministeriums der Finanzen (BMF). Dem Bundesfinanzminister kommt damit eine zentrale Rolle innerhalb der Bundesregierung zu.

Das BMF bündelt die finanziellen Belange der Regierung im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik und sorgt damit zugleich für einen fairen gesellschaftlichen Interessenausgleich. Es erarbeitet hierzu finanzpolitische und volkswirtschaftliche Strategien und Konzepte, um solide Staatsfinanzen zu sichern. Neben den klassischen Disziplinen der Haushalts- und Steuerpolitik gehören auch die Finanzmarkt- und Währungspolitik zu den Kernaufgaben des BMF. Eine Schlüsselrolle spielt das BMF daher auch bei der Gestaltung der europäischen Finanzpolitik.

Die Deutsche Welle

ist die mediale Stimme Deutschlands in der Welt. Der Auslandsrundfunk vermittelt unser Land als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat. In journalistischer Unabhängigkeit stellt die Deutsche Welle Ereignisse und Entwicklungen in Deutschland und der Welt dar und greift deutsche und andere Sichtweisen auf. So fördert sie den Austausch und das Verständnis zwischen den Kulturen und Völkern. Zugleich schafft sie einen Zugang zur deutschen Sprache – und damit zum Leben, zum Alltag und zur Mentalität der Menschen in Deutschland.

Kooperationspartner



Medienpartner



Herausgeber Bundesakademie für Sicherheitspolitik
Ossietzkystraße 44/45
13187 Berlin

Telefon 030 40046 420
Telefax 030 40046 421
E-Mail info@baks.bund.de

Ansprechpartner Christian Lipicki
Leiter Kommunikation

Redaktionsleitung Martin Lammert

Redaktion Marcus Mohr

Autoren Marie-Lena Hutfils, Kirstin MacLeod, Denis Newiak, Marc Patzwald,
Therese Schedifka

Bildnachweise Cover: flickr/Chris/CC BY 2.0, Ivan Bandura/CC BY 2.0;
Seite 4: MERICS/David Ausserhofer; Seite 10/11: EU/Lieven Creemers; Seite
20: Henry Han/CC BY-SA 3.0; Seite 21: Mstyslav Chernov/CC BY-SA 3.0;
Seite 23: BMI/Bildschön; Seite 32/33: UNHCR/Frederic Noy; Seite 40: Ivan
Bandura/CC BY 2.0; Seite 41: Büro des Präsidenten der Republik
Kasachstan; Seite 43: BMF/Ilja C. Hendel; Seite 46/47: Bradley C. Watson/
CC BY-NC-ND 2.0; Seite 60: Anton Holoborodko/CC BY-SA 3.0; Seite
61: US Department of State/Glen Johnson; Seite 63: AA/Knoll/Jänicke; Seite
70/71: Crown Copyright/Royal Air Force/Fenwick; Seite 78/79: The White
House/Pete Souza; Seite 91: privat

Gestaltung Marcus Mohr

Druck Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen
der Bundeswehr DL I 4, Zentraldruckerei Köln/Bonn



Deutsches
Forum
Sicherheitspolitik
dfs.bund.de

www.dfs.bund.de